

Zahl haben. Dazu haben wir einen innovativen Prozess in Gang gesetzt. Er lautet: Zukunft der Finanzverwaltung für Nordrhein-Westfalen. – Da werben wir Hand in Hand mit den Beschäftigten dafür, dass es erfolgreich ist, dass es Spaß macht, dass es eine Perspektive ist, in dieser Verwaltung zu bleiben und neu hinzuzukommen. Genau darum geht es. Denn jeder, der sich mit Personal und Organisation beschäftigt, weiß: Die Fachkompetenz und unsere Beschäftigten selbst sind in jedem Betrieb und in jeder Verwaltung unser größter Schatz.

Diesen Schatz zu bewahren und zu entwickeln, wird eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren sein. Denn die Wahrheit ist: Ohne eine leistungsstarke, kompetente und im Zweifelsfall auch durchsetzungsstarke Finanzverwaltung kann kein Staat funktionieren. Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist er auf Einnahmen aus Steuern und Abgaben zwingend angewiesen, wie wir gerade dann sehen, wenn Steuereinnahmen einzubuchen drohen. Dafür, dass das in einem demokratischen Rechtsstaat nach Recht und Gesetz geschieht, steht unsere Finanzverwaltung in Nordrhein-Westfalen.

Die Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2023 wird infolge des Nachtragshaushaltes, den wir eben anberaten haben, und der veränderten Konzeption der Landesregierung noch Veränderungen erfahren müssen.

An dieser Stelle noch eine wichtige Klarstellung: Der Bestand des Coronarettungsschirms zum Ende des Haushaltsjahres 2022 und nach Abrechnung der noch ausstehenden Bewilligungen soll nicht mehr, wie zunächst vorgesehen, in den Landeshaushalt überführt werden. Er soll vielmehr für Zins und Tilgung der coronabedingten Kreditaufnahmen verwendet werden. Wichtig ist aber, darauf hinzuweisen, dass alle Bewilligungen, die bereits ausgesprochen worden sind, noch bis zum 30. Juni 2023 von den Empfängern der Mittel abgerechnet werden können. Neue Bewilligungen sind nur noch bis zum 31. Dezember 2022 möglich.

Im Übrigen bleibt die vorgelegte Ergänzungsvorlage unverändert. Das betrifft insbesondere auch die Umsetzung des Ergebnisses des Arbeitskreises Steuerschätzung, die Wohngeldreform, das Deutschlandticket und die Belastungen aus dem dritten Entlastungspaket, die wir selbstverständlich tragen, das die Bundesregierung mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 2. November 2022 beschlossen hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Herzlichen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir in diesem Teil zur Abstimmung.

Ich rufe die Abstimmung über den Einzelplan 12 – Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung – auf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Einzelplan 12 Drucksache 18/1912 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von Grünen und CDU. Wer lehnt ihn ab? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Es gibt keine Enthaltungen. Somit ist dieser **Einzelplan 12 in zweiter Lesung angenommen.**

Nun befinden wir über die **mittelfristige Finanzplanung**. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat die Finanzplanung 2022 bis 2026 des Landes Nordrhein-Westfalen Vorlage 18/342 zur Kenntnis genommen. – Ich sehe keinen Widerspruch und stelle somit fest, dass die **Kenntnisnahme durch das Plenum erfolgt** ist.

Ein Hinweis: Die Abstimmung über den Einzelplan 20 und den Text des Haushaltsgesetzes 2023 und dessen Anlagen sowie die dazugehörigen Änderungsanträge sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 werden wir, wie angekündigt, erst morgen nach Beratung aller Einzelpläne vornehmen. Wir werden dann auch über die Rücküberweisung der Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden. – Dies zur Information.

Jetzt kommen wir zu:

### **Einzelplan 02 Ministerpräsident**

Hierzu liegen die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1902 sowie die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge vor.

Wir beginnen mit der Aussprache zu:

#### **a) Staatskanzlei**

Es liegen Wortmeldungen vor. Das Wort hat zunächst der Kollege der SPD-Fraktion, Sven Wolf.

**Sven Wolf (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Krisen – davon ist heute Morgen schon viel gesprochen worden – auf der ganzen Welt fordern insbesondere Demokratien heraus. Wir müssen immer wieder gemeinsam deutlich zeigen, dass Demokratien Krisen bewältigen können.

Gerade im Haushalt der Staatskanzlei, Herr Minister Liminski, laufen viele Fäden zur Stärkung der

Demokratie zusammen. Wir sollten auch zum Beispiel Elemente der partizipativen Demokratie ausprobieren. Sie kündigen zwei Bürgerräte für Nordrhein-Westfalen an. Das ist gut. Leider finden wir hierzu im aktuellen Haushalt noch keine finanziellen Mittel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Feinde unserer Demokratie im Inneren und auch im Äußeren werden leider nicht müde, unsere Demokratie schlechtzureden. Statt mit Argumenten werden Diskussionen mit Populismus geführt. Eine Folge – das kennen viele von Ihnen – ist der Verlust der Debatte- und Kultur.

Demokratie muss gelernt werden. Dafür gibt es wichtige Akteure wie zum Beispiel die politischen Bildner in unserem Land. Sie brauchen weiterhin unsere Hilfe und auch die finanzielle Unterstützung. Die vor Corona geltenden Mindestzahlen konnten auch in diesem Jahr nicht erfüllt werden. Da müssen wir dringend beistehen und unterstützen. Wir müssen diese Mittel schneller dynamisieren. Denn sonst brechen uns diese wichtigen Unterstützer der Demokratie irgendwann weg.

(Beifall von der SPD)

Aber welche Akteure sind in Debatten auch noch wichtig? Ich meine, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Sie geben Orientierung und sind eine wichtige Stimme in schwierigen Debatten. Das gelingt aber nur, wenn die Gläubigen den Kirchen vertrauen. Dieses Vertrauen erodiert. Denn die Aufarbeitung der eigenen Fehler bei den unerträglichen Missbrauchsfällen gelingt nicht. Wir als SPD-Fraktion sehen dies mit großer Sorge.

Vor wenigen Tagen hat Professor Rixen das öffentlich auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt, ein Gespräch mit dem Kardinal aus Köln, Kardinal Woelki, habe bei ihm ein massives Störgefühl hinterlassen; er wolle sich nicht ständig fragen müssen, ob ihm jemand wirklich die Wahrheit sage.

Ich will Ihnen allen in diesem Zusammenhang unseren Antrag ans Herz legen, über den wir im kommenden Jahr noch einmal beraten werden.

Der jüdische Kulturabend vor wenigen Tagen hier im Landtag war ein, wie ich fand, wunderbarer Abend. Der Landtagspräsident hatte mit den jüdischen Kultusgemeinden dazu eingeladen. Es gab tolle Musik, eine sehr lustige Lesung und leckeres Essen. Aber wir haben auch mit Sorge von den offenen Anfeindungen gegen Juden, von den Schüssen auf die Alte Synagoge in Essen, von den steigenden Zahlen des Antisemitismus und auch von Verschwörungsmäthen, die Juden Hass befeuern, gehört.

Die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten in unserem Land ist wichtiger denn je. Wir fordern weiterhin, hier eine hauptamtliche Struktur zu schaffen.

Sie sollten auch beherzigen, dass die Abstimmung zu den baulichen Sicherungsmaßnahmen in den jüdischen Einrichtungen dringend beschleunigt werden muss. Sie dauert – das sind die Rückmeldungen, die uns immer wieder erreichen – viel zu lange.

Bei alledem ist Erinnerung wichtig. Ein ganz wichtiger Ort für die jüdischen Kultusgemeinden sind die Friedhöfe, insbesondere bei der Ahnenforschung. Wir wollen den Erhalt und die Pflege dieser verwaisten Friedhöfe verbessern. Die Mittel, die dafür eingestellt sind, sind seit zwölf Jahren nicht erhöht worden. Ich hoffe, dass wir gemeinsam als Demokraten hier eine Lösung finden, diese Mittel zu erhöhen.

(Beifall von der SPD)

Auch Sinti und Roma verdienen in Nordrhein-Westfalen endlich die in anderen Bundesländern längst vereinbarte Anerkennung in Form eines Staatsvertrages. Denn der Abbau von Vorurteilen und das Zurückdrängen des Antiziganismus in unserer Gesellschaft gelingen nur gemeinsam mit den Verbänden, die eine hervorragende Arbeit und auch eine hervorragende Beratung leisten.

Einen Bereich will ich auch noch ansprechen. Wir waren uns immer einig, dass die größte Gefahr für unsere Demokratie und für unseren Staat von Rechtsextremisten ausgeht. Im Februar gab es eine Evaluation der Arbeit der Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Wir alle waren uns einig, dass diese Mittel erhöht werden müssen. Im Haushalt ist aber kein zusätzlicher Euro eingeplant. Ich finde, das ist ein Armutszeugnis. Das führt faktisch zu einer Reduzierung dieser sehr wichtigen Arbeit.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hätten die Fäden zur Stärkung der Demokratie im Einzelplan 02 in der Hand gehabt, Sie hätten aus diesen Fäden ein dickes Tau stricken können. Das ist Ihnen nicht gelungen, deswegen gibt es von der SPD-Fraktion keine Zustimmung zum Einzelplan 02. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Kollege Daniel Hagemeyer das Wort.

**Daniel Hagemeyer (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Staatskanzlei bearbeitet in eigener inhaltlicher Zuständigkeit wichtige Themenfelder von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Dazu gehören unter anderem die Demokratieförderung, die Förderung der politischen Bildung, das Entgegenwirken aller Formen des Extremismus und insbesondere des Rechtsextremismus

sowie die Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Zu den weiteren Themenfeldern der Staatskanzlei – Europa und Internationales, Sport und Medien – wird im Rahmen der Debatte zu diesem Einzelplan gesondert zu sprechen sein.

Der Chef der Staatskanzlei, Minister Nathanael Liminski, hat im Rahmen der Vorstellung der politischen Schwerpunkte der Landesregierung für den Bereich des Hauptausschusses die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen treffend skizziert: den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, Fluchtbewegungen und daraus resultierende Herausforderungen, die Energiekrise und Sorgen bezüglich der Versorgungssicherheit, den Klimawandel und fundamentale demografische Veränderungen.

All diese Aspekte stellen uns als Gesellschaft und das demokratische Gefüge unseres Staates vor neue Herausforderungen. Klar ist: Wir müssen durch geeignete politische Maßnahmen die genannten Probleme im Sinne der Menschen und des Landes angehen.

Gleichzeitig ist es an uns, die Instrumente zu stärken, die den Zusammenhalt zwischen den Menschen, das Miteinander und den Erhalt unserer demokratischen politischen Gesellschaft insgesamt fördern. Der Entwurf des Einzelplans 02 für den Bereich der Staatskanzlei tut genau dies.

Ich bin Ministerpräsident Hendrik Wüst und dem Chef der Staatskanzlei, Minister Nathanael Liminski, dankbar, dass das Land auch in Zeiten der Unsicherheit für Klarheit und finanzielle Verlässlichkeit steht, wenn es darum geht, Demokratie, politische Bildung und bürgerschaftliches Engagement zu fördern und dem Extremismus in unserem Land klar entgegenzutreten.

Ja, die Zeiten sind schwierig, aber wir in Nordrhein-Westfalen sind und bleiben ein demokratisches, vielfältiges und weltoffenes Land.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die finanziellen Schwerpunkte des Einzelplans 02 im Bereich der Staatskanzlei sind dazu ein wichtiger Beitrag und stehen für den klaren Kurs dieser Landesregierung. Zwei Beispiele von vielen will ich besonders herausheben, erstens die Digitalisierung der Landeszentrale für politische Bildung und zweitens den Ausbau der Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus.

Zum ersten Punkt: Die Landzentrale für politische Bildung nimmt eine zentrale Funktion im Rahmen der politischen Aufklärungs-, Präventions- und Informationsarbeit ein. Sie ist ein wichtiges Instrument, wenn es darum geht, unsere demokratischen Abläufe und Strukturen zu erklären. Wir wollen den Wirkungsgrad

ihrer Arbeit deshalb weiter stärken und dazu in die Digitalisierung der Landeszentrale investieren.

Zum zweiten Punkt: Wir werden die finanzielle Förderung unserer einzigartigen Beratungsinfrastruktur in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiter verstärken. Opferberatung, mobile Beratung und Aussteigerberatung leisten landauf, landab eine wichtige Arbeit. Dem tragen wir Rechnung.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Gleichzeitig werden die Kommunen weiterhin bei ihren Bemühungen unterstützt. Ich nenne hier die Ausweitung des Programms „NRWeltoffen“.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2023 werden keine neuen Planstellen oder Stellen für Dauerbeschäftigte im Einzelplan 02 angemeldet. Die Zukunftscoalition von CDU und Grünen bekennt sich klar zur Stärkung und zur Förderung von Demokratie, bürgerschaftlichem Engagement sowie politischer Bildung, und wir treten allen Formen des Extremismus entschlossen entgegen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Entwurf des Einzelplans 02 schafft dafür auch in unsicheren Zeiten verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen.

Ich danke unserem Koalitionspartner, Ministerpräsident Hendrik Wüst und dem Chef der Staatskanzlei, Minister Nathanael Liminski, dass wir mit dem vorliegenden Entwurf gemeinsam für Klarheit und Verlässlichkeit sorgen, denn das ist im Sinne der Menschen hier in Nordrhein-Westfalen. Herr Liminski, geben Sie den Dank für den Zeitablauf der Haushaltsplanberatungen bitte auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihrem Hause weiter.

Wir werden dem Einzelplan 02 – Staatskanzlei – natürlich zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Dirk Wedel das Wort.

**Dirk Wedel (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ministerpräsident Wüst hat in seiner Regierungserklärung am 31.08.2022 ausgeführt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Die letzten Jahre haben uns gezeigt, wie mächtig Verschwörungsmethoden und Desinformationen sein können. Wir erleben, dass Antisemitismus immer offener gezeigt wird, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind und dass wir für ihren Erhalt einstehen und zur Not auch kämpfen müssen.“

Hinter diesen richtigen und wichtigen Worten sollten sich alle Demokraten versammeln. Den Worten müssen dann aber auch Taten folgen.

Herr Minister Liminski, in Ihrer kleinen Regierungserklärung im Hauptausschuss Ende Oktober dieses Jahres haben Sie erklärt, Sie wollten die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten sowie die Landeszentrale für politische Bildung stärken.

Gemessen an dieser Ankündigung haben Sie mit dem Haushalt 2023 allerdings nur eine Fehlanzeige abgegeben. Der Zuschuss für die Antisemitismusbeauftragte sinkt um 100.000 Euro. Abzüglich der 1 Million Euro für die Beteiligung des Landes an einer beabsichtigten Stiftungsgründung im Kontext der Gedenkstätte Stalag 326 sinkt auch der Zuschuss für die Landeszentrale für politische Bildung um 160.000 Euro.

Was Sie unter einer Stärkung der Arbeit der Antisemitismusbeauftragten verstehen, haben Sie uns dann auf Nachfrage in Vorlage 18/479 erläutert – Zitat –:

„Zu einer ganzheitlichen Stärkung gehören neben der Frage der finanziellen und personellen Ausstattung der Antisemitismusbeauftragten auch ein beständiger Austausch zwischen den verschiedenen Ressorts und der Antisemitismusbeauftragten sowie die politische Unterstützung für ihre Arbeit und ihre Anregungen und Vorschläge.“

Herr Minister Liminski, der Autor James W. Frick hat es mit den folgenden Worten auf den Punkt gebracht – Zitat –:

„Sag mir nicht, wo deine Prioritäten liegen. Zeig mir, wofür du dein Geld aus gibst, und ich werde dir sagen, welche das sind.“

Ein Blick in den Haushalt des Ministerpräsidenten genügt, um falsche Prioritäten zu erkennen. Anders als alle anderen Einzelpläne gönnt sich der Haushalt des Ministerpräsidenten mit der alleinigen Begründung inflationsbedingter Mehrausgaben einen Aufwuchs von mindestens 643.100 Euro für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie die Gebäudebewirtschaftung der Staatskanzlei und der Landesvertretungen, und zwar zusätzlich zu dem auch in anderen Einzelplänen und dem Einzelplan 20 zu findenden Verstärkungstitel zur Abdeckung von Mehrausgaben für Energie.

Ein solches Sonderpolster für die Staatskanzlei halten wir nicht für zielführend,

(Beifall von der FDP)

insbesondere weil die Transfermittel, beispielsweise die Zuschüsse für die Unterhaltung der jüdischen Friedhöfe, nicht entsprechend steigen, obwohl natürlich auch die Zuschussempfänger von der Inflation betroffen sind.

Wir beantragen deshalb, dieses Sonderpolster der Staatskanzlei zu streichen und stattdessen die Mittel der Antisemitismusbeauftragten um 500.000 Euro zu erhöhen. Eine entsprechende Erhöhung sehen wir auch im Einzelplan 06 für die Landeszentrale für politische Bildung vor.

(Beifall von Sven Wolf [SPD] und Elisabeth Müller-Witt [SPD])

Über die Angriffe auf das jüdische Leben in Essen haben wir uns in der vorigen Plenarwoche erschüttert gezeigt. Zudem haben erst am Wochenende unbekannte Täter in Duisburg zwei Hakenkreuze an ein KZ-Mahnmal geschmiert. Eine Mittelerhöhung ist mehr als dringend nötig, um die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten zu stärken.

Für das Ehrenamt, das zivilgesellschaftliche und das bürgerschaftliche Engagement stehen 2023 nur deshalb ausreichend Mittel zur Verfügung, weil die Regierung aus CDU und FDP im vergangenen Jahr ausreichend Vorsorge getroffen hat. So können für diese Zwecke trotz der Kürzungen um insgesamt 20 Millionen Euro auf 1,8 Millionen Euro im nächsten Jahr noch 20,6 Millionen Euro aus Selbstbewirtschaftungsmitteln verausgabt werden.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Ministerpräsidenten kann nicht überzeugen. Er setzt die falschen Prioritäten, statt die drängenden Probleme anzugehen. Auch soweit die Vorgängerregierung aus CDU und FDP nicht in den Bereichen „Ehrenamt“ und „zivilgesellschaftliches und bürgerschaftliches Engagement“ bereits Vorsorge getroffen hat, werden wichtige Ansätze lediglich überrollt oder sogar gekürzt. Die Mittel für die Staatskanzlei werden hingegen aufgestockt, um möglichst komfortabel durch die Zeit der Inflation und der multiplen Krisen zu kommen.

Die FDP-Fraktion lehnt den Einzelplan 02 daher ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP, Sven Wolf [SPD] und Alexander Baer [SPD])

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun deren Fraktionsvorsitzende Verena Schäffer das Wort.

**Verena Schäffer<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man sagt ja immer: Der Haushalt ist Politik in Zahlen. – Das gilt natürlich für alle Einzelpläne. Man könnte vielleicht sagen, dass es bei der Staatskanzlei nicht ganz stimmt, denn die Staatskanzlei hat viel Arbeit, aber im Verhältnis zu anderen Einzelplänen ein ziemlich kleines Budget.

(Sven Wolf [SPD]: Die macht sich auch viel Arbeit!)

Eine ganz wesentliche Aufgabe der Staatskanzlei ist die Koordinierung innerhalb der Landesregierung, aber vor allen Dingen auch mit dem Bund. Ich will daran erinnern, wie viele MPKen, Ministerpräsidentenkonferenzen, es in den vergangenen Monaten gegeben hat. Die Abkürzung MPK kannte vorher wahrscheinlich niemand, und jetzt weiß jeder sofort, was damit gemeint ist. Es geht bei den MPKen immer um ziemlich viel Geld. Deshalb sind sie nicht zu unterschätzen, sondern für das Land Nordrhein-Westfalen enorm wichtig.

Zu den Aufgaben der Staatskanzlei gehört die Öffentlichkeitsarbeit, die Informationen möglichst transparent aufzuarbeiten und aufzubereiten, zum Beispiel zu Corona oder zur Flut. Dazu wurden extra Hotlines eingerichtet. Ich finde, dass das eine ganz wichtige Funktion ist.

(Beifall von Romina Plonsker [CDU])

Die repräsentativen Aufgaben, die Gespräche mit den unterschiedlichen Akteuren, mit den Religionsgemeinschaften und, und, und – all das sind wichtige Aufgaben. Das klingt vielleicht nach viel Klein-Klein, deshalb will ich einmal grundlegender sagen, wofür der Einzelplan 02 auch steht.

Der Einzelplan 02 stellt die Mittel für grundlegende Strukturen von bürgerschaftlichem Engagement, von Beteiligungsmöglichkeiten an unserer Demokratie, für die Religionsgemeinschaften und für die Arbeit gegen Antisemitismus zur Verfügung. Damit ist er ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für unser demokratisches Zusammenleben.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Am Montag haben wir den Tag des Ehrenamts begangen und die vielen Ehrenamtlichen dafür gefeiert, dass sie eine so grundlegende Arbeit für unsere Gesellschaft leisten: in den Religionsgemeinschaften, bei den Tafeln, im Naturschutz, für Geflüchtete, im Sport, bei den Feuerwehren und, und, und.

Viel Herzblut und viel Ehrenamt steckten auch in „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, was wir im vergangenen Jahr in ganz Deutschland und natürlich auch in Nordrhein-Westfalen begangen haben.

Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass jüdisches Leben sichtbar gemacht wird, dass jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen in der Öffentlichkeit gelebt werden kann und dass Jüdinnen und Juden keine Angst haben müssen. Deshalb ist die Bekämpfung von Antisemitismus von zentraler Bedeutung.

Wir haben hier vor zwei Wochen noch über den Anschlag auf die Alte Synagoge in Essen diskutiert, und wir waren uns als Demokratinnen und Demokraten einig, dass wir gegen Antisemitismus sehr entschieden vorgehen müssen, insbesondere gegen die Verschwörungsmythen, die immer wieder von Rassismus, von Antisemitismus geprägt sind.

Eines ist in den Debatten der vergangenen Wochen, wie ich finde, sehr deutlich geworden: Antisemitismus ist ein Phänomen in der Mitte der Gesellschaft, und er ist nicht nur an irgendwelchen Rändern zu finden. Er muss also auch in der Mitte der Gesellschaft bekämpft werden. Deshalb sind zum Beispiel die Studien der Antisemitismusbeauftragten als Grundlage zur Bekämpfung von Antisemitismus so wichtig. Ich sehe uns als Demokratinnen und Demokraten auch weiterhin darin geeint, dass wir den Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen und gegen Antisemitismus gemeinsam führen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir wissen, dass der Antisemitismus ein Kernelement des Rechtsextremismus darstellt. Ich glaube, wir waren heute Morgen alle ziemlich schockiert, als wir die Eilmeldung auf unseren Handys gesehen haben, dass es eine groß angelegte bundesweite Razzia des BKA bei Reichsbürgern und Coronaleugnern gibt. Was sich heute Morgen offenbart hat – wir haben gesehen, dass sich in solchen Netzwerken Personen aus Sicherheitskreisen organisieren –, stellt sich in der Bewertung als neue Dimension des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus dar. Ich halte das für besonders gefährlich. Deshalb will ich hier noch einmal sagen, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft darstellt.

Wir werden weiterhin konsequent dagegen vorgehen, die Sicherheitsbehörden werden weiterhin dagegen vorgehen. Aber – wir reden hier als Mitglieder des Hauptausschusses – uns ist klar, dass dies nicht nur eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist, sondern es geht hierbei auch um Demokratie- und Menschenrechtsbildung, Prävention, Intervention und Opferschutz.

Wir sind durch die vielen Akteure und Beratungsstellen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, sehr gut aufgestellt. Dennoch wollen wir als schwarz-grüne Koalition diese Strukturen in Zukunft stärker unterstützen, weil der Bedarf einfach da ist.

Ich muss zum Schluss kommen. Meine Redezeit ist schon vorbei, daher noch ein letzter Punkt: Eigentlich haben wir Demokratinnen und Demokraten hinsichtlich der Aufgabenbereiche der Staatskanzlei, aber auch der Landeszentrale für politische Bildung viele Gemeinsamkeiten, vielleicht nicht heute in dieser Haushaltsdebatte; ich weiß, Sie werden gleich dagegenstimmen.

Ich möchte aber sagen: Ich freue mich auf die Zusammenarbeit im Ausschuss, weil wir hier als Demokratinnen und Demokraten eine gemeinsame Verantwortung tragen und sie auch gemeinsam wahrnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Herr Esser hat jetzt das Wort für die Fraktion der AfD.

**Klaus Esser (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hochverehrte Bürger! Erlauben Sie mir ein paar einleitende Worte zum Landeshaushalt und zu den Abläufen im Allgemeinen. Das Haushaltsverfahren war – man kann es leider nicht anders sagen – eine bodenlose Frechheit gegenüber dem Parlament und der Opposition, die mit der kürzesten Frist, die es je gab, einen Landes- und nun auch noch einen Nachtragsaushalt vorgelegt bekommt, der kritikwürdig wie nie zuvor ist.

Da hilft es auch nicht, dass seitens der Landesregierung zumeist grüne Abgeordnete vorgeschickt werden, die mit infantil-betroffenen Floskeln erklären, wie krass, mega kompliziert oder total heftig dieser Haushalt aufzustellen war. Mit unsicheren Wirtschaftslagen, internationalen Krisen und ungewissen Steuerschätzungen mussten auch andere Regierungen vor Ihnen klarkommen. Das ist keine besondere Leistung, für die man Ihnen über den Kopf streicheln wird, das ist schlicht Teil Ihrer Aufgabe.

Hören Sie also damit auf, zu bedauern und zu jammern, und machen Sie einfach Ihren Job, für den Sie gewählt wurden. Sie wollten es. Nehmen Sie jetzt auch die Verantwortung an, und versuchen Sie nicht permanent, die Schuld auf irgendwelche Umstände zu schieben.

Der Landeshaushalt war bei Vorlage verfassungswidrig und ist es nach den Änderungen durch das Rechte-Tasche-linke-Tasche-Spiel und einem weiteren Nachtragsaushalt vermutlich immer noch. So ist dieser Haushalt in weiten Teilen jedenfalls nicht zustimmungsfähig.

Ich möchte nun zum Bereich der Staatskanzlei kommen und wie bereits im Ausschuss auch hier mit einem expliziten Dank an die Abteilungen und Mitarbeiter der Staatskanzlei beginnen. Unter den schlechten Vorzeichen wurden dennoch alle Fragen möglichst zeitnah, teils durch abendlichen Versand beantwortet. Das war in anderen Ausschüssen und Ministerien offensichtlich nicht möglich. Ihnen, Herrn Minister Liminski, und Ihrem Haus gilt an dieser Stelle noch einmal unser Dank dafür.

Zu den Themen „Demokratieförderung“ und „politische Bildung“ ist von meinen Vorrednern alles gesagt worden. Mit Blick auf die Zeit und die Einsparungen, die wir heute erreichen wollen, möchte ich hier nicht im Detail auf die vorher genannten Punkte eingehen.

Seitens der AfD-Fraktion sehen wir im Bereich der Staatskanzlei Änderungsbedarf und haben einige Änderungsanträge eingebracht, deren Beachtung ich Ihnen ans Herz legen möchte.

Darunter ist ein Antrag, auf den ich gerne näher eingehen möchte, da er uns besonders wichtig ist. Im Hauptausschuss hat Frau Leutheusser-Schnarrenberger, unsere Antisemitismusbeauftragte, ihren jährlichen Bericht vorgestellt. Im Anschluss waren es insbesondere die Oppositionsfraktionen im Ausschuss – in einer Sitzung wir, in einer Folgesitzung Kollege Wolf von der SPD –, die die Wichtigkeit dieser Arbeit und die Notwendigkeit der Schaffung einer Vollzeitstelle anstelle einer ehrenamtlichen Tätigkeit, die es im Moment ist, hervorgehoben haben.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger ist glücklicherweise in der Lage, diese Tätigkeit ehrenamtlich auszuführen und hat bescheidenweise auch angeboten, dies weiterhin zu tun. Sie wird diese Tätigkeit aber nicht bis in alle Ewigkeit so ausführen können. Wir wollen die Aufgabe und Amtswürde aufwerten und fordern daher, dass der Antisemitismusbeauftragte nicht mehr nur im Ehrenamt, sondern im Hauptamt agiert. So zeigen wir den jüdischen Gemeinden in NRW, aber auch Antisemiten, dass wir Antisemitismus in NRW keinen Raum geben.

(Beifall von der AfD)

Wir lassen der Ankündigung im Ausschuss konsequenterweise Taten folgen und legen dem Parlament einen entsprechenden Änderungsantrag zur Schaffung einer solchen Vollzeitstelle vor. Wir laden Sie ein, Ihren warmen Worten im Ausschuss ebenfalls Taten folgen zu lassen und unserem Änderungsantrag konsequenterweise zuzustimmen. Es wäre maximal unglaublich und völlig widersinnig, einem solchen richtigen und wichtigen Antrag nur deswegen nicht zuzustimmen, weil er von der vermeintlich falschen Fraktion beantragt wurde. Da sind Sie ganz sicherlich mit mir einer Meinung.

Der Einzelplan 02 kann ebenso wie leider der gesamte Landeshaushalt nicht vollends überzeugen. Wir werden ihn daher ablehnen. – Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat jetzt der Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski das Wort.

**Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratung des Einzelplans 02 ist sicherlich eine gute Gelegenheit, um auch grundsätzliche Punkte anzusprechen. Ich möchte mich deswegen für die Beiträge bedanken, die hier gerade aus weiten Teilen des Runds zu den Themen „Stärkung der Demokratie“, „Bekämpfung

des Antisemitismus“ und „Bekämpfung des Rechts-extremismus“ gekommen sind.

Ich glaube – und Herr Wolf hat es gesagt –, wir teilen die Stoßrichtung. Dieses Bemühen wollen wir auch unter schwierigen Bedingungen aufrechterhalten und stärken. In Teilen können wir dies innerhalb der Staatskanzlei leisten, Stichwort „Antisemitismus“, in Teilen wird es woanders organisiert und finanziert, etwa was die Zentrale für politische Bildung angeht. Auch das ist bekannt. Wir diskutieren es zwar gemeinsam im Hauptausschuss, es geht heute allerdings um den Einzelplan 02 und damit um das, was in der Behörde des Ministerpräsidenten finanziert werden muss.

Zum Stichwort „Antisemitismus“ will ich sagen: Ich habe gelesen, dass es jetzt vielfach Initiativen gibt, auf der Zielgeraden des Haushaltsverfahrens noch zu einer Verstärkung zu kommen. Bei der Planung dessen, was wir uns vorgenommen haben, befinden wir uns in enger Abstimmung mit der Antisemitismusbeauftragten, mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger, die von uns immer das zur Verfügung bekommt, was sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben braucht, sei es finanzielle oder sei es politische Unterstützung.

Wenn wir im weiteren Beratungsverfahren parteiübergreifend zu der Auffassung kommen sollten, dass es da noch mehr braucht, dann sind wir dafür natürlich offen. Es ist aus meiner Sicht gut, dass wir schon bei der Einrichtung dieser Stelle, aber auch bei ihrer Ausstattung und ihrer weiteren parlamentarischen Begleitung eine Tradition entwickelt haben, fraktionsübergreifend zu handeln. Dabei sollten wir bleiben; zumindest wäre das der Wunsch der Landesregierung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die mir verbliebene Zeit will ich nutzen, um noch etwas zum Einzelplan 02 zu sagen. Das Ziel dieses Einzelplans ist klar: erstens die Arbeitsfähigkeit der Staatskanzlei als Behörde des Ministerpräsidenten zur Unterstützung seiner Arbeit sicherzustellen und zweitens die Wahrnehmung der bei uns ressortierenden Aufgaben und Schwerpunkte.

Mit Blick auf das laufende Haushaltsjahr kann man sagen, dass wir im Sinne der Maßgaben, die uns in dieser Zeit leider finanziell begleiten, wirtschaften. Der Haushalt wird in seinem Volumen um 35 % geringer sein. Wir wissen, dass das mit Einmaleffekten begründet ist, wie häufig auch der Aufwuchs bei einem solch kleinen Haushalt mit Einmaleffekten begründet ist.

Da beim Aufwuchs aber in der Regel viel Gerede darüber herrscht, will ich es auch jetzt, wenn es um eine Reduktion geht, erwähnen. Das hat mit Dingen im Bereich „Sport“ zu tun, zu denen nachher der Ministerpräsident selber noch etwas sagen wird.

Ich möchte allerdings auch etwas zu den Stellen sagen. Wenn in der Staatskanzlei Stellen hinzukommen, wird häufig sehr intensiv darüber diskutiert und berichtet. Dieses Mal nimmt die Stellenzahl in der Staatskanzlei ab. Wir bauen den Stellenkörper der Staatskanzlei um neun Stellen ab, sechs aus dem Bereich des MPK-Vorsitzes, drei aus dem Bereich des deutsch-französischen Kulturbevollmächtigten. Das ist eine Erwähnung wert, weil wir uns daran halten, dass wir Stellen, wenn sie für eine Aufgabe eingerichtet werden, nur für diese Aufgabe nutzen und dann wieder abbauen. Auch das ist im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit ein wichtiges Zeichen der Vertrauensbildung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Sven Wolf [SPD]: Da haben Sie beim Nachtrag aus dem Vollen geschöpft, Herr Minister!)

Wir haben sonst im Bereich der Staatskanzlei in den zugegebenermaßen gering ausgeprägten Titeln das getan, was wir unter den obwaltenden Haushaltsbedingungen tun können, um im Sport zu stärken und im Bereich der Film- und Gamesproduktion und der Medienkompetenz kleine Auswüchse zu organisieren, die es uns erlauben, in dieser Zeit unser Engagement aufrechtzuerhalten.

Im Bereich der Förderung der Europaarbeit, aber auch in der internationalen Zusammenarbeit ist es aus unserer Sicht ganz wichtig, ein klares Bekenntnis abzulegen. Wahrscheinlich waren internationale Zusammenhänge den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen selten auch als Quelle für Dinge, die in unserem Land passieren, so klar vor Augen. Dementsprechend sollte sich das in unserer politischen Arbeit, auch in der Staatskanzlei, von wo aus wir das koordinieren, abbilden.

Wir werden an dieser Stelle unser Engagement also in den Funktionen aufrechterhalten, die Frau Schäfer eben angesprochen hat, und versuchen, unseren Teil dazu beizutragen, durch eine gute Koordination am Ende zu einem guten Gesamtergebnis mit allen Ressorts der Landesregierung zu kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Damit sind wir am Schluss der Aussprache zum Teil a) Staatskanzlei des Einzelplans 02.

Jetzt kommen wir zu:

## b) Europa und Internationales

Ich eröffne die Aussprache. – Die Kollegin Inge Blask von der SPD-Fraktion hat das Wort.

**Inge Blask (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungsfractionen haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zur europäischen Identität Nordrhein-Westfalens bekannt und tragen diesem Bekenntnis auch im Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 Rechnung.

Der Gesamtansatz für die europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung soll sich für das kommende Jahr um etwa 2 Millionen Euro auf insgesamt 8 Millionen Euro erhöhen. Diesen Ansatz begrüßen wir als SPD-Fraktion genauso wie den sinnvollen Fokus auf die enge Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarländern, den Niederlanden und Belgien.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Minister hat uns im Ausschuss vergangene Woche von den Regierungskonsultationen mit den belgischen Regionen berichtet und von einer Intensivierung der Beziehungen mit Flandern und der Wallonie gesprochen.

Gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Anstrengungen im Rahmen der Transformation unserer Wirtschaft und Industrie ist es unabdingbar, dass wir mit direkten Nachbarn eng zusammenarbeiten, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region auch für die Zukunft zu gewährleisten.

Dazu bedarf es einer gut ausgebauten und leistungsfähigen Infrastruktur für den Import von Wasserstoff und anderen Energieträgern und damit einer Anbindung an die belgischen und niederländischen Seehäfen. Dieser Blick nach Westen ist für Nordrhein-Westfalen eine äußerst gewinnbringende Perspektive, und wir sind positiv gestimmt, dass die Landesregierung diese Einsicht mit uns teilt.

Erlauben Sie mir in puncto Wasserstoff noch eine Randbemerkung. Wenn man sich auf der europäischen Ebene um Wasserstoffinfrastruktur bemüht, wäre es klug, diese Anstrengungen auch in der Heimat zu verfolgen. Insofern bin ich als südwestfälische Abgeordnete sehr enttäuscht, dass die Landesregierung das Arnsberger Projekt HydroNet in letzter Sekunde hat fallen lassen. So wird das nichts mit der Energiewende, meine Damen und Herren, auch liebe Kolleginnen und Kollegen aus Südwestfalen!

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bleiben wir bei den Enttäuschungen. Bei all den Bekenntnissen zu Europa und zur engeren Zusammenarbeit haben wir doch einige aus unserer Sicht zentrale Punkte vermisst.

Im Haushaltsentwurf für 2023 ist keine Rede mehr von einer Förderung der Städtepartnerschaften in Nordrhein-Westfalen, etwa durch bessere Vernetzung, den Austausch von Best Practices, Koordination zwischen den Akteuren oder Beratungsleistungen. Wir halten die Fortsetzung der Förderung und Stärkung der Städtepartnerschaften für sehr bedeut-

sam für die Erlebbarkeit der europäischen Verbundenheit. Es ist wichtig, diese bei den aktuellen Herausforderungen zu unterstützen, sie sichtbarer und eine Teilnahme leichter zugänglich zu machen. Schlussendlich können starke Städtepartnerschaften die Breitenwirkung entfalten, die ihnen wie uns europapolitisch sehr wichtig ist.

Als wir Herrn Minister Liminski auf dieses Manko im Ausschuss angesprochen haben, hat er sehr offen darauf reagiert und gesagt, da sei das letzte Wort noch nicht gesprochen, und er sei für parlamentarische Initiativen offen. Herr Minister, dieses Angebot nehmen wir dankend an und werden mit Anträgen zu diesem Thema auf Sie zukommen.

In diesem Sinne werden wir die europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung weiter kritisch begleiten und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt die Kollegin Romina Plonsker das Wort. Bitte schön.

**Romina Plonsker (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Landeshaushalt 2023 ist aus europäischer Sicht ein starkes Zeichen für den Austausch und die Zusammenarbeit in Europa.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das ist auch wichtig, denn als Bundesland im Herzen Europas sind wir mittendrin statt nur dabei, wenn es um eine partnerschaftliche Beziehung zu unseren europäischen Nachbarn geht.

Mittendrin statt nur dabei waren und sind wir Menschen in Nordrhein-Westfalen auch, wenn es um die Hilfe und die Unterstützung für die Menschen in der Ukraine geht. Der Krieg gegen die Ukraine hat uns Europäer zusammenrücken lassen, um unsere Werte, unsere Demokratie, unsere Freiheit gemeinsam zu verteidigen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Partner- und freundschaftliche Beziehungen gelten nicht nur für die Beziehungen auf politischer Ebene, sondern auch und vor allem für die Beziehungen von Menschen miteinander. Genau dort setzt der Landeshaushalt an, indem wir die Mittel erhöhen und so die Europaarbeit stärken. Denn die Akzeptanz für Europa zu stärken, bedeutet, Europa an sich zu stärken.

(Beifall von der CDU)



Gegenüber dem Haushalt 2022 ergibt sich für den Bereich „Europa“ eine Mittelerhöhung um rund 2,2 Millionen Euro. Für den Bereich „Internationales“ ergibt sich ebenfalls eine Erhöhung, und zwar um rund 450.000 Euro. Diese Gelder kommen direkt vielen unterschiedlichen Gruppen unserer Gesellschaft zugute.

Exemplarisch nenne ich die jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Stipendienprogramm setzen wir fort, was wir in der letzten Legislaturperiode begonnen haben: die Beziehung zum Vereinigten Königreich trotz Brexit zu stärken. Dies gilt ebenso für das Regionale Weimarer Dreieck zwischen NRW, Hauts-de-France und Schlesien.

Wir müssen mit diesem Haushalt das Rad aber nicht neu erfinden. Bestehende und erfolgreiche Formate wie „Europa bei uns zu Hause“ und „Team up!“ gilt es fortzusetzen und auszuweiten. Dort, wo wir mit neuen Aktivitäten neue Menschen für Europa gewinnen können, gibt es natürlich auch neue Formate, die entwickelt werden müssen. Denn je vielfältiger Europa-Formate sind, desto vielfältiger sind auch die Menschen, die wir damit erreichen. Auch so stärken wir den Europa-Gedanken.

Nicht vergessen dürfen wir dabei natürlich die Länder, die uns am nächsten sind, nämlich die Niederlande und Belgien. Getreu dem Spruch eines Möbelhauses „Wohnst du noch oder lebst du schon?“ lässt sich in der Grenzregion sagen: Dort, wo die Menschen nicht nur Seite an Seite miteinander leben, wo sie Wirtschaft, Arbeit, Mobilität, Kultur und Sicherheit teilen, ist ohne gegenseitiges Zutun kaum ein Miteinander möglich. Somit gilt es, Projekte mit unseren direkten Nachbarn zu stärken und hierfür mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Im Bereich „Internationales“ möchte ich besonders auf unsere ehemalige Bundeshauptstadt Bonn blicken. In Bonn wurde die NRW-Akademie für Internationale Politik aufgebaut. Nun heißt es, die weitere Förderung sicherzustellen, damit wir Bonn als Kompetenzzentrum für internationale Politik und das entwicklungspolitische Know-how aus und in NRW stärken.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das NRW-Promotorenprogramm, mit dem das Land die Arbeit der zahlreichen im Land tätigen Eine-Welt-Engagierten unterstützt, entwickeln wir weiter, und zudem sichern wir die Finanzierung. Wir halten dieses Programm für wichtig.

Außerdem wollen wir unsere Beziehungen zu den USA auf Ebene der Bundesstaaten vertiefen. Wir werden uns in der kommenden Ausschusssitzung über das NRW-USA-Jahr unterhalten.

Die Staaten des Westbalkans unterstützen wir bei ihren wichtigen Annäherungen an die EU; vor allem

unser Partner Nordmazedonien sei hier genannt. Auch die Verbindungen zum Kosovo sollen gestärkt werden.

Weiter südlich stärken wir mit dem NRW-Landesbüro die Partnerschaft mit Israel. Und noch weiter südlich gilt es, die langjährige Partnerschaft mit Ghana auf allen Ebenen weiter zu festigen.

Leider hat sich die SPD im Ausschuss enthalten, und die FDP hat den Haushalt nur wegen des kurzen Verfahrens abgelehnt. Vielleicht ist das hier die Möglichkeit, den beiden Fraktionen ein bisschen Nachschub zu geben, damit sie darüber nachdenken und diesem wichtigen Haushalt nicht nur aus Prinzip nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich fände es wirklich schön, wenn aus diesem Hohen Haus ein gemeinsames Zeichen von europäischer Politik gesendet würde, damit auch weiterhin gilt: Für mehr Europa sind wir mittendrin statt nur dabei. – Herzlichen Dank.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Professor Dr. Andreas Pinkwart hat jetzt für die FDP-Fraktion das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann insoweit an Frau Plonskers Wunsch nahtlos anknüpfen, als ich zunächst einmal etwas Positives sagen will.

Wir freuen uns sehr, dass die Landesregierung die Bildungsarbeit weiterhin in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen will. Das halten wir für zentral, wenn es um Europa geht, wenn es um die globale Zusammenarbeit geht. Das ist uns gerade in diesen Zeiten ganz besonders bewusst.

Europa als ein Kontinent der Zusammenarbeit, der Reisefreiheit und als Kontinent mit gemeinsamen freiheitlichen Werten – das gilt es zu fördern und im Alltagshandeln, wo immer möglich, zu praktizieren. Hier, Frau Plonsker, möchte ich mit Blick auf unsere Nachbarn in den Niederlanden und in Belgien Ihr Zitat, das Sie der Werbung entnommen haben, nämlich „Wohnst du noch oder lebst du schon?“ bemühen. Es war ein großes Verdienst der Landesregierung, während der Pandemie Sorge dafür zu tragen, dass sie die Grenzen nicht haben schließen müssen, ein ganz großes Verdienst.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn ich jetzt sehe, dass wir mittlerweile deutschlandweit unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern bekommen, was die Maskenpflicht anbetrifft, frage ich mich allen Ernstes: Warum können wir

hier nicht erneut auf unsere Freunde in den Niederlanden und Belgien, die das längst aufgegeben haben, zugehen?

(Beifall von der FDP)

Das würde im Grenzverkehr helfen, die Lebensbedingungen leichter zu gestalten. Und vielleicht, wenn sich andere anschließen, kommt auch der Bundesgesundheitsminister noch zu der Erkenntnis, dass das auch im überregionalen Zugverkehr sinnvoll sein könnte.

Ich möchte noch einmal anknüpfen an das, was wir hier positiv sehen. Das ist etwa die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir begrüßen sehr, dass es ein USA-NRW-Jahr geben wird. Auch das kann helfen, uns wechselseitig besser zu verstehen und die Bande enger zu knüpfen.

Wo wir Zweifel haben – das ist einer unserer inhaltlichen Gründe, wozu wir auch Änderungsanträge vorgelegt haben; vielleicht wollen Sie über die ja auch noch einmal nachdenken, Frau Plonsker –, ist, dass wir in der kommunalen Entwicklungsarbeit dort, wo sie ehrenamtlich von den Bürgerinnen und Bürgern praktiziert wird, zwar Sinn sehen können, aber ob das Land einen zusätzlichen Beitrag durch finanzielle Förderung in erkennbarem Umfang leisten kann, das halten wir für zweifelhaft. Wir würden die Mittel lieber der Bildungsarbeit insgesamt und der Europafähigkeit Nordrhein-Westfalens zukommen lassen.

(Beifall von der FDP)

Ein weiterer, für uns unverständlicher Punkt ist, warum wir im Haushalt bislang keine Mittel für die Ukraine vorgesehen haben. Wir haben dazu nachgefragt. Es ist geantwortet worden, dass das Land natürlich im Rahmen unseres Beschlusses hier aktiv werden will, was wir sehr begrüßen, aber die Projekte sollen über die jeweiligen Fachressorts abgewickelt werden.

Ich finde, in Anbetracht der schrecklichen Ereignisse und der schrecklichen Bilder, die wir Tag für Tag sehen, und auch unseres gemeinsamen Beschlusses sollte das Parlament sich noch einmal überlegen, ob wir nicht mit einem einzelnen Etatpunkt deutlich machen, dass wir es mit unserer Initiative für die Ukraine wirklich ernst meinen.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind unsere kritischen inhaltlichen Anmerkungen. Darüber hinaus wissen Sie, dass wir mit dem eiligen Haushaltsverfahren nicht einverstanden sind, wenn gleich – das habe ich im Ausschuss auch gesagt – uns gerade zu diesem Etat alle Fragen rechtzeitig beantwortet worden sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat jetzt die Kollegin Berivan Aymaz das Wort. Bitte schön.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Auch wenn wir bei Haushaltsberatungen den Blick eigentlich nach vorne richten, lohnt es sich sehr wohl, noch einmal zurückzuschauen und gerade am Jahresende zu gucken, was sich gesellschaftspolitisch auf europäischer, internationaler Ebene getan hat und welche Auswirkungen das auch auf uns, auf unser Zusammenleben hier in NRW hat.

Dieses Jahr hat uns wie kaum ein anderes Jahr in der jüngeren Geschichte vor Augen geführt, wie wichtig und notwendig es angesichts der immer hemmungsloser werdenden Aggressionen ist, die europäische Friedensordnung wieder aufs Neue zu schützen, zu verteidigen, zu stärken, und wie sehr wir angesichts dessen auf unsere Partnerinnen und Partner in Europa, aber auch in der Welt angewiesen sind.

Nach den gewaltigen Herausforderungen von zwei Jahren Pandemie hat Russland mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine Europa in eine erneute Krisensituation gestürzt. Das Ausmaß der Folgen dieses Krieges ist längst nicht mehr absehbar. Wir ergreifen Maßnahmen zur akuten Krisenbewältigung, ohne zu wissen und wissen zu können, wie lange diese krisenhafte Ausnahmesituation uns herausfordern wird.

Vor diesem Hintergrund bin ich sehr froh, dass wir den Etat für Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt nicht nur auf Vorjahresniveau halten, sondern stellenweise gezielt noch einmal stärken.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Denn Krisenresilienz besteht auch darin, dass möglichst viele Menschen in unserer Gesellschaft den Wert eines friedlichen Zusammenlebens, den Wert Europas zu schätzen wissen und als mündige Bürgerinnen und Bürger an den demokratischen Prozessen im geeinten Europa auch teilhaben können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir senden aus NRW heraus das Signal für Verantwortung, Solidarität, ja auch Empathie in die Welt und kämpfen für mehr globale Gerechtigkeit.

Herr Kollege Pinkwart, ich muss gestehen, es verwundert mich sehr, dass Sie angesichts dieser weltweiten Lage und dieser globalen Herausforderungen, wo Kommunen immer mehr ihrer Verantwortung bewusst werden und aktiv sind, und zwar auch handeln nach der Prämisse „Global denken, lokal handeln“, gerade jetzt mit einem Änderungsantrag kommen und sagen, die brauchen diese Unter-

stützung eigentlich gar nicht in dem Maße.. Ich nenne nur das Stichwort SDGs. Auch da sind Kommunen sehr stark in der Verantwortung und müssen da handeln.

Gerade jetzt kommt es darauf an, die Kommunen in ihrem so großartigen Engagement für globale Verantwortung weiterhin zu unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dafür sorgen sowohl die bewährten europapolitischen Aktivitäten des Landes als auch die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteure in NRW, die wertvolle europa- oder entwicklungspolitische Bildungsarbeit leisten. Beides wird gestärkt mit diesem Haushaltsplan. Zum einen werden die vielfältigen europapolitischen Aktivitäten des Landes fortgeführt, zum anderen wird es ein neues Förderprogramm für zivilgesellschaftliche Europaprojekte geben. Insgesamt stehen hierfür rund 1,8 Millionen Euro mehr zur Verfügung als in diesem Jahr. Das ist fast eine Verdopplung der Mittel. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein echter Booster für europapolitische Bildung und europapolitisches Engagement in NRW.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Besonders groß ist erfreulicherweise das zivilgesellschaftliche Engagement in NRW im Bereich „Eine Welt und Entwicklungspolitik“. Die zahlreichen Akteure, die sich inzwischen im Tausenderbereich bewegen, werden noch einmal gestärkt und über den Dachverband Eine Welt Netz zentral unterstützt.

Nicht zuletzt sieht der Haushalt Mittel vor, um mit einem NRW-USA-Jahr die nach wie vor wichtigen und tiefen transatlantischen Beziehungen zu stärken. Auf den Austausch beider Länder in Politik und Kultur freue ich mich sehr.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Haushalt den Grundstein für viele zukunftsweisende Entwicklungen in der europäischen und internationalen Politik NRW legen. Der Mix aus bewährten Programmen und neuen Initiativen ist bestens dazu geeignet, die Beziehungen zu unseren Partnern weltweit zu vertiefen. Meine Fraktion wird dem Einzelplan daher selbstverständlich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Für die AfD-Fraktion hat jetzt der Kollege Sven Tritschler das Wort.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vom britischen Labourpolitiker Denis Healey ist folgendes Zitat überliefert:

„Entwicklungshilfe ist, wenn die armen Leute eines reichen Landes für die reichen Leute eines armen Landes Geld spenden.“

Mit Blick auf die Ergebnisse jahrzehntelanger deutscher Entwicklungshilfepolitik möchte man ergänzen: und bestenfalls nichts dabei rauskommt.

Der unbedarfte Zuhörer mag sich fragen, warum dieses Thema im Landtag NRW überhaupt ein Thema ist. Schließlich regelt Art. 73 unseres Grundgesetzes recht klar und unmissverständlich, dass für Auswärtiges ausschließlich der Bund verantwortlich ist. Wir halten also fest: Die Landesregierung verschleudert einige Millionen Euro Steuergelder ohne eine wirkliche Verfassungsgrundlage.

Jetzt könnte man natürlich fragen: Was soll der Geiz? Im Gesamthaushalt spielt das keine besonders große Rolle. In der aktuellen Zeit wird die Frage aber schon erlaubt sein.

Wenn ein guter Teil der Menschen in diesem Land anfängt, an den Weihnachtsgeschenken für die Familie zu sparen, wenn die Tafeln nicht mehr wissen, wie sie die Menschen versorgen können, die sich an sie wenden, wenn die Leute Angst vor der nächsten Strom- und Nebenkostenabrechnung haben und jetzt zunehmend in ungeheizten und dunklen Wohnungen sitzen, wenn jeder Besuch im Supermarkt und an der Tankstelle für immer mehr Menschen in diesem Land ein Albtraum ist, dann darf man sich schon fragen, ob unser Staat – der Staat mit vergleichsweise hohen Steuern und Abgaben – das Geld seiner Bürger wirklich für jeden Kokolores verbrennen darf.

Erst recht darf man das in einem Bundesland fragen, das für solche Angelegenheiten nicht einmal zuständig ist.

Es ist in Ordnung, wenn es Leute gibt, die eine Veranstaltung unter dem Namen – ich zitiere –

„Schwarz ist der Ozean

Was haben volle Flüchtlingsboote vor Europas Küsten mit [...] Geschichte von Sklavenhandel und Kolonialismus zu tun?“

gestalten. Aber warum müssen unsere Steuerzahler dafür aufkommen?

Wahrscheinlich interessiert sich auch irgendwo im Land irgendwer für fair gehandelte Fußballfanartikel unter #sporthandeltfair, für die Broschüre „Fair heiraten“ zu fair gehandelten Trauringen und nachhaltigen Hochzeitsfeiern oder für die gendergerechte Energiewende in Südafrika. Irgendwer war sicher auch schon im KaffeeGarten in Essen, um dort mehr über fair gehandelten Kaffee zu lernen.

Das ist alles schön, und das kann man alles machen. Was hat sowas aber im Haushalt eines Bundes-

landes zu suchen? Unsere Antwort darauf lautet ganz klar: nichts.

In dem Zusammenhang muss man den Menschen im Land auch einmal das sagen, was die ganzen Entwicklungshilfeprofiteure gerne verschweigen und was auch jetzt gerade keiner erwähnt hat: Es wird nicht alles immer schlimmer. Etwas Erfreuliches mal so kurz vor Weihnachten: Während 1970 noch rund 60 % der Weltbevölkerung in absoluter Armut gelebt haben, sind es heute gerade mal noch 10 %. Das ist das Ergebnis von technischem Fortschritt und von freiem Handel und ganz sicher nicht das Ergebnis einer Entwicklungshilfeindustrie, die sich in erster Linie selbst dient.

Schließlich noch ein paar Worte zur Europapolitik. Man muss sich wundern: Wenn man Ihnen so im Allgemeinen zuhört, ist die EU das Beste und das Großartigste, was dem Kontinent und Deutschland jemals widerfahren ist. Demgegenüber ist schon ein wenig verwunderlich, dass alle staatlichen Ebenen Jahr um Jahr mehr Geld ausgeben, um die Bürger für die vermeintlichen Segnungen dieses Apparats zu begeistern.

In der Wirtschaft würde man sagen: Wenn du immer mehr Geld brauchst, um dein Produkt an den Mann zu bringen, solltest du vielleicht einmal über das Produkt nachdenken. Auf solche Ideen kommen Sie aber natürlich nicht. Stattdessen werden die Mittel für – ich sage einmal – Europagedöns auch auf der Landesebene kräftig erhöht. Auch hier könnte man meinen, es gäbe keinen Sparzwang.

So wird das Land dann vermutlich weiter mit bunten Hochglanzbroschüren, Luftballons und Fähnchen in blau-gold zugeschmissen, bis auch der Letzte kapiert hat, was für eine tolle Idee es ist, sein Geld und seine Rechte möglichst vollständig nach Brüssel zu überschreiben.

Kurzum – es wird Sie nicht überraschen –: Wir werden diesem Einzelplan nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Nathanael Liminski als Chef der Staatskanzlei und als Minister hat jetzt das Wort für die Landesregierung.

**Nathanael Liminski,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tritschler, lassen Sie mich zu Beginn sagen: Es verwundert nicht, dass Sie mit Europa nichts anfangen können. Das ist keine Neuigkeit heute.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Mit der EU! Das ist ein Unterschied!)

Aber allein, dass wir heute über diesen Haushalt beraten und von allen anderen Fraktionen ein so deutliches Bekenntnis zu Europa bekommen, macht diese Debatte schon lohnend. Dafür danke ich sehr herzlich.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Dieses Bekenntnis steht natürlich auch im Zusammenhang mit den Herausforderungen, denen wir uns aktuell ausgesetzt sehen. Ich glaube, mittlerweile sollte jedem oder, wie mir scheint, den allermeisten klar sein, dass die Dinge, die wir in dieser Zeit und auch in der absehbaren Zukunft zu meistern haben, nur gemeinsam, grenzüberschreitend tatsächlich nachhaltig gelöst werden können. Es ist daher gut investiertes Geld, das die Landesregierung, das Nordrhein-Westfalen als Land im Herzen Europas sowohl in unsere Nachbarschaft als auch in unsere Zusammenarbeit, aber auch in die Europafähigkeit unserer Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen investiert.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wenn ich heute unsere jungen Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sehe, dann will ich sagen: Engagieren Sie sich auch persönlich. Bringen Sie sich ein. Europa ist unsere, ist Ihre Zukunft. Insofern ist es wichtig, was hier heute dazu verhandelt wird. Schön, dass Sie da sind und an dieser Debatte teilnehmen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir haben in den letzten Jahren angesichts der Fülle von Krisen, die wir zu meistern hatten, doch gemerkt, was wir an den Partnerschaften jenseits der Grenze, etwa mit unseren belgischen und niederländischen Freunden, haben, wenn es darum geht, Dinge gemeinsam und nicht gegeneinander zu lösen. Wir sind gut gerüstet mit der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg, mit Partnern nah und fern auf dieser Welt und wollen so die Herausforderungen annehmen, die jetzt vor uns liegen. Wir wollen das, was gelungen ist, stärken und auch ausbauen.

Natürlich will ich auch ein Wort zu dem sagen, was uns am allermeisten umtreibt, nämlich der Krieg in der Ukraine und seine Folgen. Ich glaube, spätestens jetzt sollte den allermeisten – leider kann man der heutigen Debatte entnehmen, nicht allen – klar geworden sein, dass die Dinge, die in der Ukraine weit weg passieren, für jedes Dorf, für jede Stadt, für jede Gemeinde in Nordrhein-Westfalen große Folgen haben und es daher richtig ist, wenn wir uns darum kümmern und auch selber engagieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dementsprechend werden wir als großes, starkes Land auch hier unseren Beitrag mit einer ausgeprägten Regionalpartnerschaft mit einer Region in der Ukraine leisten, und zwar in drei Phasen. Wir wollen zum

einen akuten Hilfe in der jetzigen Situation leisten, wir wollen zum anderen beim Wiederaufbau helfen, und wir wollen dann im Weiteren zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe kommen. Dafür wollen wir noch im Dezember erste Vorschläge unterbreiten und im entsprechenden Ausschuss im neuen Jahr darüber sprechen, beraten und zeigen, wie wir das als Land ausgestalten.

Lassen Sie mich noch etwas zu sonstigen Partnerschaften sagen. Wir legen einen großen Schwerpunkt darauf, dass der Jugendaustausch, dass Stipendienprogramme im Mittelpunkt stehen. Der Ministerpräsident hat bei der Ausrichtung unserer Europaaktivitäten seinerseits mitgegeben, dass es wichtig ist, dass wir besonders in die junge, in die nächste Generation investieren. Hier muss die Selbstverständlichkeit, die vielen nach dem Krieg mit dem Blick auf das europäische Projekt klar war, neu vermittelt werden, und dementsprechend wollen wir hier unseren Schwerpunkt auch finanziell legen und zu einer neuen Gemeinsamkeit mit unseren Partnern finden.

Das gilt insbesondere für Belgien und die Niederlande, mit denen wir gemeinsam einen Lebens- und Wirtschaftsraum bilden. Wie sehr wir aufeinander angewiesen sind, können wir in diesen Tagen besonders beim Thema „Energie“ sehen, und hier wollen wir unsere Partnerschaft auch weiter ausbauen. Dazu intensivieren wir auch unsere Kontakte. Wir haben im November zum ersten Mal nationale Regierungskonsultationen mit Belgien gehabt. Wir waren gemeinsam im Oktober in Den Haag, um dort mit der Spitze der niederländischen Regierung zu sprechen. Daraus wird mittlerweile ein Austausch, der auf den verschiedensten Ebenen von Woche zu Woche dazu beiträgt, ganz konkrete alltägliche Probleme von Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen besser lösen zu können. Daran sieht man, eine Zusammenarbeit über Grenzen hinweg ist nicht nur ein Thema für besondere Ereignisse oder Sonntagsreden, sondern auch für den Arbeitsalltag dieser Landesregierung. Das wollen wir mit diesem Haushalt gewährleisten.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen. Wir richten den Blick nicht nur auf unsere nächsten Nachbarn in Belgien oder den Niederlanden oder auch im Regionalen Weimarer Dreieck. Vielmehr wollen wir als starkes Nord-Süd-Land, als Nordrhein-Westfalen mit der Bundesstadt Bonn – das wurde gerade gesagt von Frau Plonsker – und diesem starken deutschen UN-Standort unsere gesamte Expertise beim Thema „Süden der Welt“ in unsere Eine-Welt-Aktivitäten einbringen. Wir wollen als Landesregierung diejenigen stärken, die das in der Gesellschaft Tag für Tag häufig aus einer eigenen Motivation heraus tun. In ihrem Sinne stärken wir das Eine-Welt-Netzwerk, und das werden wir auch im kommenden Jahr tun, um alle Kräfte zur Lösung von Konflikten

auch jenseits der Grenzen von Nordrhein-Westfalen zu mobilisieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank, Herr Minister. – Damit sind wir am Schluss der Aussprache zum Teil „Europa und Internationales“.

Wir kommen zum Bereich

### c) Sport

Ich eröffne erneut die Aussprache. Frau Kollegin Tülay Durdu von der SPD hat das Wort. – Bitte schön.

**Tülay Durdu\*** (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! 12 Millionen Menschen treiben regelmäßig Sport. Der Sport ist eine Macht in NRW – und das muss auch so bleiben. Denn Sport fördert die Gesundheit, die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Der Sport erbringt Höchstleistungen für unser Land. Doch dem Sport geht es nicht gut. Zwei Jahre Pandemie haben ihre Spuren hinterlassen. Sportvereine standen am Rande ihrer Existenz – und stehen es vielleicht immer noch. Hinzu kommt, dass wir zwei Schwimmjahrgänge verloren haben.

Und die Aussichten sind weiterhin düster. Der Sport leidet schwer unter den hohen Energiekosten und der allgemeinen Inflation. Der Sanierungsbedarf, vor allem für die energetische Sanierung, ist immens hoch. Übungsleiter fehlen an allen Ecken und Enden, und das Ehrenamt ist am Anschlag. Kurz: Es droht ein Sportnotstand in NRW.

Trotz dieser Drohkulisse hatte ich Grund zur Hoffnung für diese Haushaltsberatung. Die Ankündigungen der Landesregierung waren vielversprechend: die Weiterführung des Investitionsprogramms „Moderne Sportstätte 2022“, eine Bewegungsoffensive für Kinder und Jugendliche, eine Qualifizierungsoffensive für Übungsleiter, der Ausbau des Aktionsplans „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen 2019 bis 2022“, ein Tarifvertrag für Trainer im Leistungssport. Die Überwindung der Schwimmisere erklärte Herr Wüst sogar zur Chefsache.

(Hendrik Wüst, Ministerpräsident, verlässt seinen Platz und begibt sich zu Jens-Peter Nettkoven [CDU]. – Kirsten Stich [SPD]: Da ist er weg!)

– Da ist er fort.

Doch nichts von diesen Versprechen hat es in den Haushalt geschafft. Im Gegenteil: Insgesamt will die Landesregierung die Ausgaben für den Sport um 138 Millionen Euro senken. Sie nennen das nur eine rechnerische Kürzung, ich nenne das eine Schönrechnung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Aber damit nicht genug: In Ihren Augen wachsen die Ausgaben für den Sport sogar moderat an. Ich frage mich, wo. Dafür müsste man nur die gestrichenen 100 Millionen Euro aus dem Programm „Moderne Sportstätten“ vergessen. Keine einfache Aufgabe! Da muss man schon sehr, sehr fest an rosa Elefanten denken. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, aber mit diesem Haushalt machen Sie den Sport wieder zum Stiefkind der Politik und ganz und gar nicht zur Chefsache.

(Beifall von der SPD)

Dann heißt es: Ja, aber die Sportpauschale. – Richtig, die Sportpauschale für die Kommunen wächst um 8 %. Das ist ja auch logisch, weil aufgrund der Inflation die Finanzmasse ordentlich angestiegen ist. Allerdings erinnere ich daran, dass wir aktuell eine Inflation von 10 % durchleben. Diese Erhöhung schafft noch nicht einmal den Inflationsausgleich.

Dieser Haushaltsentwurf bietet keine Antworten auf die sportpolitischen Herausforderungen in diesem Land. Es fehlen Impulse, Ideen und natürlich auch die Konzepte.

Das Geld reicht hinten und vorne nicht, nicht einmal für Ihre eigenen Vorhaben. Der Landesportbund hat es Ihnen sogar vorgerechnet. Für die Einführung des Mindestlohns für Trainer im Leistungssport fehlen 3,5 Millionen Euro. Zur Prävention gegen Gewalt und Missbrauch im Sport fehlen ebenfalls 3,5 Millionen Euro. Für den Schwimmsport und eine Übungsleiteroffensive fehlen 6 Millionen Euro.

Deshalb fordern wir nach wie vor 100 Millionen Euro für die lückenlose Fortsetzung des Programms „Moderne Sportstätte“, 2 Millionen Euro für den Einsatz mobiler Schwimmcontainer für Schwimmkurse, 2 Millionen Euro für eine Qualifizierungsoffensive für Schwimmtrainer, weitere 2 Millionen Euro für eine allgemeine Übungsleiteroffensive, 1 Million Euro für eine Bewegungsoffensive für Kinder und Jugendliche, und wir schlagen zur Bekämpfung des Missbrauchs im Sport eine Verdopplung der Zuschüsse für das Programm „Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport“ auf 120.000 Euro vor.

(Beifall von der SPD)

Das, meine Damen und Herren, hieße Verantwortung und Anerkennung für den Sport. Das hieße auch, den Sport endlich zukunftsfest zu machen. Deshalb appelliere ich speziell an Sie, Herr Wüst:

Lassen Sie den Sport nicht im Regen stehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU erteile ich nun dem Kollegen Herrn Nettekoven das Wort.

(Sarah Philipp [SPD]: Wäre ja schön, wenn sich mal irgendein Minister auf die Regierungsbank setzen würde! – Kirsten Stich [SPD]: Nein, Regierung haben wir im Moment nicht!)

**Jens-Peter Nettekoven (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Sportler hat mir mal gesagt: Wenn man etwas erreichen will, was man noch nie erreicht hat, dann muss man etwas tun, was man noch nie getan hat. Nordrhein-Westfalen hat einen Sportminister, der gleichzeitig Ministerpräsident ist. Das ist einzigartig in Deutschland; das ist einzigartig ...

(Kirsten Stich [SPD]: Deswegen wird es nicht besser!)

– Bitte?

(Kirsten Stich [SPD]: Deswegen wird es nicht besser! – Bianca Winkelmann [CDU]: Na, na, na!)

– Gut, ich kann verstehen, dass Sie das sagen. Dass Sport bei uns Chefsache ist und unser Ministerpräsident gleich auch zum Sporthaushalt sprechen wird, zeigt die Bedeutung des Sports in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Kirsten Stich [SPD]: Da ist der Ministerpräsident ja wieder! – Sarah Philipp [SPD]: Schön, dass er wieder da ist!)

Es gibt in Nordrhein-Westfalen eine Staatssekretärin für den Sport, und in nur drei Bundesländern gibt es einen Sportausschuss: in Hamburg, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen, dem schönsten Bundesland.

Die Zielvereinbarung, die wir mit dem Landesportbund geschlossen haben, sorgt für Planbarkeit in der Sportentwicklung, auf die der organisierte Sport zählen kann. Wir haben im Sportland Nordrhein-Westfalen eine nachhaltige Dynamik entfacht. Nach 14 Jahren des sportpolitischen Stillstands haben wir die Sportpauschale dynamisiert. Flossen im Jahr 2018 noch 50 Millionen Euro an die NRW-Kommunen, so sind es laut dem Haushaltsansatz für 2023 mehr als 69 Millionen Euro. 300 Millionen Euro haben wir für die Modernisierung der Sportstätten bereitgestellt.

(Tülay Durdu [SPD]: Und die 100 Millionen Euro unterschlagen Sie! Wo sind die 100 Millionen Euro?)

So etwas hat es in der Geschichte unseres Landes auch noch nie gegeben.

Am 31. Dezember 2022 endet das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ wie geplant, und es wird im kommenden Jahr evaluiert. Ein planmäßiges Ende hätte sich der Sport auch auf Bundesebene gewünscht. Hier hat die Bundesregierung aber den erfolgreichen Investitionspakt Sportstätten klammheimlich für beendet erklärt, mit fatalen Folgen für die Sportvereine und die Kommunen auch bei uns in NRW. Für 2023 und 2024 fehlen uns aufgrund dieser einseitigen Entscheidung der Bundesregierung insgesamt 92 Millionen Euro für den Sport.

Doch gerade in Krisenzeiten ist finanzpolitische Verlässlichkeit ein hohes Gut. Deshalb haben wir 8 Millionen Euro in den Haushaltsplan eingestellt, um krisenbedingte Kostensteigerungen auszugleichen und eine Beendigung aller geförderten Modernisierungsprojekte unseres erfolgreichen Sportstätteninvestitionsprogramms zu gewährleisten. Hierzu gehört auch der Umbau der alten Landesvertretung in Bonn für das IPC.

Nach der Coronapandemie stellen die Inflation und die hohen Energiepreise den organisierten Sport erneut vor eine existenzielle Herausforderung, die er nicht ohne staatliche Unterstützung meistern kann. Gleichzeitig hat Putins Angriffskrieg die finanziellen Handlungsspielräume öffentlicher Haushalte eingeschränkt.

Unsere politischen Ziele bleiben jedoch unverändert. Unser Koalitionsvertrag ist auf fünf Jahre festgelegt. Die Landesregierung im Sportland Nummer 1 NRW steht unverändert an der Seite des Sports.

Auch in Zukunft werden wir die Sportentwicklung in unserem Land vorantreiben, doch niemand kann vorhersagen, in welchem Ausmaß die Bewältigung der aus dem Krieg in der Ukraine resultierenden Notlagen unsere finanziellen Handlungsspielräume in den nächsten Jahren einengen wird. Eines weiß ich aber: Wir werden alles dafür tun, um unser Sportland NRW gut durch diese Krise zu bringen. Dann werden wieder gute Jahre für den Sport kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP erteile ich nun dem Abgeordneten Herrn Kollegen Rasche das Wort.

**Christof Rasche\*** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Jens Nettekoven, zunächst erst mal herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum Vizepräsident des DOSB. Das ist schon eine Nummer. Das ist für den Sport gut, und wir werden auch in diesem Bereich zusammenarbeiten. Ich freue mich darauf.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt  
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Zweiten möchte ich die gute Kultur im Sportausschuss loben. Sie ist im Vergleich zu anderen Ausschüssen ziemlich einzigartig. Da wird nach Möglichkeit alles gemeinsam gemacht – für den Sport in Nordrhein-Westfalen, damit Nordrhein-Westfalen Sportland Nummer eins bleibt. Das ist gut so, und diese Kultur sollten wir weiter pflegen.

Wir würden diesen Weg der Gemeinsamkeit in Bezug auf den Haushalt 2023 im Bereich „Sport“ auch gerne weitergehen. Führen wir uns die abschließenden Worte des Kollegen Jens Nettekoven noch einmal vor Augen: „Es können dann auch wieder gute Jahre für den Sport folgen“ – ich glaube, so war es nicht nur sinngemäß, sondern wörtlich –, dann wissen wir, dass es mit diesem Haushalt nicht ganz so gut um den Sport bestellt ist.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP], Tülay Durdu [SPD] und Kirsten Stich [SPD])

Es ist gut, dass der Ministerpräsident heute selbst ans Rednerpult tritt. Das ist bei einem Einzelplan ziemlich einzigartig und ein tolles Zeichen für den Sport. Dadurch werden natürlich auch die Erwartungen deutlich erhöht. Das haben wir schon am vergangenen Montag bei dem Termin in Lüdenscheid gesehen, bei dem es nicht um Sport ging. Auch heute ist die Erwartungshaltung groß.

Tatsache ist, dass die Mittel für den Sport im Haushalt um rund 140 Millionen reduziert werden. Das ist mehr als eine Halbierung. Viele Förderprogramme werden eben nicht dynamisiert. Bei der hohen Inflation ist das im Grunde ein Förderrückgang. So sagt es der Landessportbund. Haushaltsreste und auch Selbstbewirtschaftungsmittel hat es immer oder oft gegeben. Die haben aber nie als Begründung dafür gegolten, um Haushaltsansätze zu reduzieren. Das sollte auch in diesem Fall nicht so sein, ist es aber doch.

Die Coronakrise hat den Mangel an Übungsleitern und den Rückgang der Schwimmfähigkeit von Kindern deutlich verschärft. Zu Recht fordert der Landessportbund eine Qualifizierungsoffensive und mehr Geld. Koalition und Regierung zeigen auf diese negative Entwicklung und auf die Forderung des Landessportbundes – zumindest bisher – keine Reaktion.

Wir haben seitens der FDP deshalb zwei Änderungsanträge gestellt. Einmal geht es um die Übungsleiterpauschale und die Förderung des Ehrenamtes. Der entsprechende Titel war bisher mit 8,46 Millionen Euro beziffert. Die FDP möchte diesen Titel auf 16,9 Millionen Euro verdoppeln. Zur Erinnerung: Der lag auch schon einmal bei 12 Millionen Euro, also gar nicht so weit davon entfernt. Das ist ein relativ bescheidener Betrag, wenn wir das in Relation zu dem

Gesamthaushalt sehen. Aber für den Sport, die Übungsleiter und das Ehrenamt wäre das eine gewaltige Summe.

(Beifall von der FDP)

Der zweite Antrag bezieht sich auf das Landesprogramm „Moderne Sportstätte 2022“, ein sensationelles Programm der Vorgängerregierung, über das sich die Sportfamilie in allen Stadtteilen, Städten, Gemeinden und Landkreisen sehr gefreut hat. Natürlich soll dieses Förderprogramm – oder eine Alternative – vielleicht mit Blick auf die kommunalen Sportanlagen und vielleicht mit Blick auf Lehrschwimmbecken fortgesetzt werden. Wir sind auf den „Pakt für den Sport“ im kommenden Frühjahr gespannt.

Es steht aber fest, dass etwas kommen muss, denn der Bedarf ist groß. Wir erwarten von der Landesregierung ein Förderpaket mit einer Höhe zwischen 300 und 500 Millionen Euro. Damit das nicht vergessen wird, haben wir im Haushalt schon einmal Mehrkosten für ein solches Programm verankert, die nicht in voller Höhe, also mit 300 bis 500 Millionen, sondern mit 20 Millionen beziffert sind, damit diese Koalition und diese Regierung das Ziel, nämlich den „Pakt für den Sport“ und das neue Landesförderprogramm – vielleicht „Moderne Sportstätte 2023/24“ – nicht vergisst.

Nordrhein-Westfalen soll Sportland Nummer eins in Deutschland bleiben. Das Interesse für den Sport ist sehr, sehr groß. Das zeigt diese Debatte. Das zeigt der Landessportbund. Das zeigt die Veranstaltung am kommenden Freitag, der FELIX-Award, bei dem viele Sportlerinnen und Sportler aus Nordrhein-Westfalen geehrt werden. Lassen Sie uns die Erwartungen der großen Sportfamilie in Nordrhein-Westfalen nicht enttäuschen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion der Grünen erteile ich nun dem Kollegen Zimmermann das Wort.

**Marc Zimmermann<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Der Sport ist ein wichtiges Bindemittel für unsere Gesellschaft. Er stärkt und vermittelt Zusammenhalt, Fairness, Sportgeist und bringt unterschiedliche Menschen zusammen, die ein gemeinsames Interesse verfolgen. Der Sport lebt vom Engagement der Menschen, die meist ehrenamtlich als Übungsleiter und Übungsleiterinnen oder als Trainer und Trainerinnen, darüber hinaus aber auch Ansprechpersonen für alltägliche Sorgen der Mitglieder in den Vereinen fungieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb möchte ich diesen Menschen zu Beginn meine Anerkennung und meinen Dank aussprechen. Sie sind für den Fortbestand unserer Vereine und damit für deren gesellschaftliche und soziale Aufgabe unersetzlich. Vielen, vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Matthias Kerckhoff [CDU])

Angesichts der Herausforderungen der vergangenen Jahre, denen sich der Sport stellen musste, ist dies umso beachtlicher. Die Pandemie hat zu Schließungen von Sportstätten, der Vernachlässigung von Infrastruktur und dem Aussetzen von Vereinsleben geführt. Damit hat sie das so wichtige Zusammenspiel von Vereinen, Ehrenamtlichen und Mitgliedern unterbrochen und eklatant zurückgeworfen. Auch die Unterbringung von Geflüchteten war eine Herausforderung der vergangenen Jahre, bei der Sportvereine und Sportstätten zentral geholfen und unterstützt haben. Nun gilt es, auch den Geflüchteten zu helfen, die den durch den menschenverachtenden Krieg Putins zu uns gekommen sind und noch kommen werden.

Wir erleben hier eine große Solidarität der Sportvereine mit geflüchteten Menschen. Auch das gilt es hier zu sagen. Sie schaffen Angebote, um Geflüchtete ins Vereinsleben und unsere Gesellschaft zu integrieren.

Gleichzeitig wird es wichtig sein, die Sportstätten offenzuhalten. Ministerin Paul hat im vergangenen Plenum bereits berichtet, welche Maßnahmen hierzu ergriffen werden, um die Offenhaltung zu sichern. Vielen Dank an die Frau Ministerin, die gerade nicht anwesend ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Somit liegt uns ein Haushalt vor, der in Zeiten, die von Krisen geprägt sind, vielfältige Notwendigkeiten aufzeigt. Wir können mit den ausgewiesenen Mitteln den Breiten- und Leistungssport in den kommenden Jahren weiterhin auf einem guten Weg halten. Wir als Zukunftscoalition aus CDU und Grünen haben erkannt, wo Aufgaben auf uns warten, und werden die uns zur Verfügung stehenden Mittel bestmöglich und zielgenau einsetzen.

Das heißt, dass wir Vereine insbesondere bei der Förderung von den oben genannten Übungsleitern und Übungsleiterinnen sowie Trainern und Trainerinnen insbesondere im Bereich des Schwimmens unterstützen. Die Zeiten von „Ins Wasser schubsen; und nun schwimm!“ sind lange vorbei. Die Worte „Jedes Kind soll schwimmen lernen“ werden keine leeren Worthülsen in Reden der Verantwortlichen bleiben. Schwimmvereine und Hallenbetreiber brauchen finanzielle Spielräume, damit sie ausreichend Wasserflächen sowie Trainer und Trainerinnen stellen können.



Auch der Inklusionsgedanke des Sports darf nicht vergessen werden, weshalb wir neben dem Breiten- und Leistungssport auch die Belange des Parasports mitdenken und in den Haushalt einplanen.

Es gilt, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln große Aufgaben anzugehen – für den Sport, für unsere Gesellschaft und für das Miteinander von morgen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Keith das Wort.

**Andreas Keith (AfD):** Bewegungsoffensive, Übungsleiteroffensive, Sport- und Schwimloffensive. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer im Sommer den Koalitionsvertrag las, meinte, dem Sport in NRW stünden goldene Zeiten bevor, denn nicht nur beim sogenannten Klimaschutz, nein, auch beim Sport kündigte uns Schwarz-Grün auf nicht einmal einer Seite – so wichtig sind Ihnen das Ehrenamt und der Sport – eine Offensive nach der anderen an.

Mit dem ersten Haushaltsplan konnten Sie Ihren Worten nun Taten folgen lassen – und was für welche: Den Etat für Sportförderung kürzen Sie mal eben nicht nur ein bisschen, sondern gleich um knapp zwei Drittel von rund 230 Millionen Euro auf 87 Millionen Euro. Ich muss schon sagen: Das ist selbst für Ihre Verhältnisse eine ganz schön abgebrühte Nummer.

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Eindeutiger kann man nicht zum Ausdruck bringen, dass Ihnen die durch Sport maßgeblich beeinflusste Gesundheit und Lebensqualität der Bürger völlig egal sind. Wo ist sie denn geblieben, die Bewegungsoffensive für Kinder und Jugendliche, die Sie monatelang sinnlos weggesperrt haben? Eine Finanzierung der Bewegungsoffensive, um den Auswirkungen Ihrer völlig überzogenen und unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen entgegenzutreten, findet man im Haushalt nicht.

Wo ist die Sport- und Schwimloffensive, die Sie so großspurig angekündigt haben? Den Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“ wollten Sie doch weiterentwickeln. Bis heute weiß aber niemand so genau, wohin die Reise gehen soll. Die veranschlagten 300.000 € sind angesichts der über Jahre restlos ausgebuchten Schwimmkurse wohl eher ein Witz.

Apropos Schwimmkurse: Wo ist denn eigentlich Ihre ebenfalls versprochene Übungsleiteroffensive? Seit 20 Jahren – da spielt die Parteifarbe keine Rolle – wird die Förderung der Übungsleiterarbeit gekürzt.

Der Landessportbund spricht mittlerweile von einem Mehrbedarf in Höhe von 2 Millionen Euro. Um wie viel haben Sie also die Zuschüsse für die Übungsleiterarbeit im Vergleich zum Jahr 2020 erhöht? Ich vermute es Ihnen: um genau 0 Euro.

Ich weiß, Corona wird gerne als Ausrede für den Trainernotstand herangezogen. Fakt ist aber, dass Trainer sowie Kurs- und Übungsleiter in den Vereinen immer öfter die Dummen sind. Ein Drittel der Sportvereine zahlt seinen Übungsleitern überhaupt nichts. Die anderen erhalten in der Regel durchschnittlich 8 Euro pro Stunde; das ist noch nicht einmal Mindestlohn.

Wir und unsere Kinder können froh sein, dass es immer noch Übungsleiter gibt, die trotz der geringen Wertschätzung durch die Landesregierung bereit sind, sich auch ohne angemessene Vergütung und oft sogar unter Einsatz eigener finanzieller Mittel zu engagieren. Ohne dieses Engagement könnten viele Kurse überhaupt nicht mehr durchgeführt werden. Aber egal, wie engagiert man ist: Gerade in Zeiten von Inflation und massiven Preissteigerungen ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich viele dieses Engagement nicht mehr leisten können.

Das bringt mich zum nächsten Wahlversprechen: dem Tarifvertrag für Trainer im Nachwuchsleistungssport. Auch hier gibt es große Versprechen im Koalitionsvertrag. Laut dem Landessportbund benötigen wir 3,5 Millionen Euro für die leistungsgerechte Bezahlung von Nachwuchsleistungstrainern. Im Haushalt finden wir wie gehabt 0 Euro.

Schließlich zum Programm „Moderne Sportstätten“. Seit dem Oktober 2019 stellt das Land insgesamt 300 Millionen Euro für die Sanierung und Modernisierung vereinseigener Sportstätten zur Verfügung. Obwohl der Sanierungsstau mehrere Milliarden Euro beträgt, hat das ausgelaufene Programm viel Gutes bewirkt. Zur Freude Tausender Vereine erklärten Sie im Koalitionsvertrag auch, die Förderung mithilfe eines Folgeprogramms fortzusetzen.

Wie also geht es 2023 weiter? Ein Blick in den Haushalt verrät: erst einmal gar nicht, denn dazu finden wir 0 Euro. Sie wollen den Erfolg dieses Programms erst einmal evaluieren, heißt es. Na dann: Lassen Sie sich Zeit. Es ist ja nicht so, dass die Vereine derzeit massiv unter den enorm gestiegenen Betriebskosten aufgrund Ihrer desaströsen Energiepolitik leiden.

Für die Bürger, die mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Steuern und Abgaben zahlen, ist dieser Haushalt ein Schlag ins Gesicht. Er zeigt, dass Sie im Koalitionsvertrag eine große Klappe haben, aber nichts dahinter ist. Ihre Sportförderung ist weder offensiv noch defensiv; sie stellt allenfalls einen Abpiff dar – den Abpiff aller Bemühungen, die katastrophale Lage der Sportinfrastruktur in NRW für die Bürger und Ehrenamtler nachhaltig zu verbessern.

Nicht bei den Übungsleitern, nicht bei den Nachwuchsleistungstrainern, nicht bei Bewegungsmangel, nicht bei fehlenden Schwimmkursen, vom Abbau des Sanierungsstaus ganz zu schweigen: Nirgendwo ist auch nur die kleinste Offensive zu erkennen.

Für die AfD sind der Erhalt der Sportstätteninfrastruktur, die ausreichende Förderung von Nachwuchstrainern sowie ehrenamtlichen Übungsleitern von allergrößter Bedeutung.

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Die AfD will die Mittel für den Sport erhöhen, statt sie zu kürzen. Weiterhin fordern wir, die Übungsleiter und Nachwuchstrainer stärker zu unterstützen, um die Schwimmfähigkeit durch die Bereitstellung ausreichender Schwimmfläche sicherzustellen. Leider muss befürchtet werden, dass Sie keinen Vorschlag der Opposition aufgreifen werden. Das heißt leider für unsere Sportler und Sportvereine nichts Gutes. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerpräsident Hendrik Wüst.

**Hendrik Wüst**<sup>\*)</sup>, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will zunächst dem Kollegen Nettekoven ganz herzlich zu seiner Wahl zum Vizepräsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes gratulieren. Es ist immer gut, wenn sich fachkundige politische Menschen mit Verbandserfahrung auch auf dieser Ebene einbringen. Alles Gute für diese Arbeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es ist vielfach angesprochen worden: Die zwei Jahre Pandemie haben zu starken Einschränkungen beim Sport geführt. Sportvereine haben darunter gelitten, dass viele Dinge ausfallen mussten, sich viele Menschen abgemeldet und eben auch Übungsleiterinnen und Übungsleiter gesagt haben: Die Kinder sind schon seit einigen Jahren raus. Bis jetzt habe ich das immer noch gemacht, aber jetzt ist der Moment gekommen. – Das ist die Realität, wenn man mit Menschen spricht, die in Sportvereinen aktiv sind und die die Vereine am Laufen halten.

Jetzt trifft auch der russische Angriffskrieg mit all seinen Folgen auf Energiepreise und Inflation in Summe den Sport.

Für mich ist klar, dass wir gemeinsam dafür sorgen müssen, dass die Sportvereine gut durch diese Zeit kommen, dass gerade Kinder und Jugendliche auch in diesem schwierigen Winter wieder Sport machen können, dass wir – aus anderen Gründen, aber mit der gleichen Folge – nicht wieder diesen Kindern und Jugendlichen zumuten müssen, auf Sport zu verzichten. Sport tut ihnen gut, Sport ist wichtig für Kinder

und junge Leute, nicht nur für die körperlich Entwicklung, sondern auch für die soziale Entwicklung: im Sport trifft man Freunde und lernt vieles, was man nur dort lernen kann.

Deswegen will ich noch mal wiederholen, was ich bei der Einbringung des Dreisäulenprogramms schon gesagt habe: Wir werden auch aus den Krisenhilfen den Sport unterstützen, um durch diese schwierige Zeit zu kommen.

Es zeigt sich auch in diesem Haushalt, dass wir mehr tun, dass wir draufsatteln, beispielsweise 8 Millionen Euro für die Förderung von Sportstätten im besonderen Landesinteresse. Das zeigt sich auch daran – und das muss man hier einmal technisch einbringen –, dass wir die Selbstbewirtschaftungsmittel des Haushalts 2022 selbstverständlich weiterhin für die Ausfinanzierung des Programms „Moderne Sportstätten 2022“ zur Verfügung stellen. Da wird auch im nächsten Jahr eine Menge Geld für die Modernisierung bedeutender Wettkampf- und Zuschauersportstätten und die Förderung herausragender Sportgroßveranstaltungen fließen. Da wird auch weiter viel Geld fließen, um die Investitionsstaus der Vergangenheit zu bewältigen.

Lieber Kollege Rasche, ich höre trotzdem die Forderung nach mehr, mehr, mehr. Das passt nicht ganz zur Rede des Fraktionsvorsitzenden von heute Morgen, der gesagt hat, wir müssten sparen, streichen und den Rotstift ansetzen. Vielleicht kriegt man da eine gemeinsame Position abgestimmt, über die wir uns dann gerne austauschen können.

Auch der 44. Landessportplan stärkt den Sport mit 15 Millionen Euro im kommenden Jahr. Mit den Entwürfen des Sporthaushalts und dem Landessportplan setzt die Landesregierung ihre ambitionierte Sportpolitik auch im Jahr 2023 also fort. Kernziele sind, dass wir weiterhin die tolle Leistung der Menschen in den Sportvereinen anerkennen, die gerade für Kinder geleistet wird, und dass wir den Sportvereinen helfen, durch diese schwierige Zeit mit ihren hohen Kostensteigerungen zu kommen.

Wir werden dabei auch in Zukunft sehr eng mit dem Landessportbund zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit ist vertrauensvoll und gut. Das werden wir auch in einer neuen Zielvereinbarung niederlegen, die traditionell immer im ersten Jahr nach einer Landtagswahl abgeschlossen wird. Mit dieser Vereinbarung werden wir es schaffen, dass wir dauerhaft belastbare Grundlagen für einen starken Sport in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft legen.

Schwerpunktmäßig geht es um eine Bewegungsoffensive gerade nach der Pandemie, um die Schwimmausbildung – das ist mehrfach angesprochen worden, das ist nötig – und um die Umsetzung der Übungsleiteroffensive.

Kinder müssen sich nach der Pandemie wieder bewegen, nachdem vieles im Sportverein, in der Freizeit, im Ganztage und in der Kita ausgefallen ist. Wir müssen bei den Übungsleitern vorankommen und neue Impulse mit niederschweligen Ausbildungsangeboten, mit Ausbildungskostenförderung und einem ganzen Maßnahmenbündel setzen, weil eben nach der Pandemie manches weggebrochen ist. Der Sport braucht diese Menschen. Der Sport braucht engagierte Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Deshalb werden wir da besonders unterstützen.

Der Sporthaushalt 2023 wird den Sport in Nordrhein-Westfalen weiter stärken und voranbringen. So bringen wir gemeinsam den Sport gut durch eine schwierige Zeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Aussprache zu Teil c) des Einzelplans 02.

Ich eröffne nun die Aussprache zu:

#### d) Medien

Ich erteile für die Fraktion der SPD nun der Kollegin Blumenthal das Wort.

**Ina Blumenthal (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Zukunft“ klingt verheißungsvoll. „Zukunft“ klingt nach einem besseren Morgen. Mit Blick auf die Ambitionen, die die Landesregierung, die ja sehr gerne das Wort „Zukunft“ im Munde führt, mit diesem Haushalt im Bereich der Medienpolitik offenbart, fragt man sich aber schon: Wieso nutzt die Landesregierung so gar nicht die Erfahrung, die sie in der Vergangenheit gemacht hat, um die Medienlandschaft in NRW zukunftssicher zu machen und Medienvielfalt zu erhalten? Meine sehr geehrten Damen und Herren, man darf auch aus Fehlern lernen.

Es reicht eben nicht aus, einen Ministerpräsidenten zu haben, der aufgrund seiner beruflichen Vergangenheit eine Art Verbundenheit zur Medienpolitik verspürt. Es reicht auch nicht aus, Medienpolitik durch eine, nennen wir sie mal konservative Brille zu sehen und regelmäßig Artikel über die Zukunft diverser Häuser zu veröffentlichen und dabei Lösungen aus den 50er-Jahren anzubieten.

(Beifall von der SPD)

Die Zeiten, in denen in elitär besetzten Gruppen die Zukunft entschieden wurde, sind endgültig vorüber. Wo also bleibt der Aufbruch? Die Landesregierung wird nicht müde, zu betonen, dass NRW ein Medienland ist. Das ist auch richtig. So weit, so gut. Dem würde wohl auch hier niemand widersprechen wol-

len; denn Nordrhein-Westfalen ist ein Medienland, ein Medienland mit viel Potenzial und mit viel Verantwortung. Wo aber bleibt der Wille, die Zukunft dieses Medienlandes gemeinsam zu gestalten? Den vermissen wir als SPD-Fraktion.

(SPD-Fraktion)

Ein „Weiter so“ wie in den letzten Jahren mag den Status quo erhalten; zukunftssicher macht dieses Beharren auf Althergebrachtes noch lange nicht. Lassen Sie es mich an drei Beispielen schildern:

Erstens. Im Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ büßt die Bundesrepublik in Sachen „Pressefreiheit“ zwei Plätze ein und landet auf Position 13. Hintergrund ist die gestiegene Anzahl an Übergriffen auf Journalistinnen und Journalisten. Auch der DJV in Nordrhein-Westfalen vermeldet: Die Sammlung der geschilderten Angriffe, Übergriffe und Beleidigungen gegen Journalistinnen und Journalisten wird immer länger. – Dabei ist die Pressefreiheit existenziell.

Es ist dann aber das Innenministerium, das eine ganze sechs Seiten umfassende Broschüre zum Schutz von Medienschaffenden herausgibt. Ob das reicht? Man darf es bezweifeln – angesichts einer immer rauer werdenden Kommunikation und angesichts von Überfällen am Rande von Veranstaltungen, die dazu führen, dass Fotojournalistinnen und Fotojournalisten Helme tragen müssen, um Kopfverletzungen zu verhindern.

Was muss also passieren, sehr geehrte Damen und Herren, damit Sie den Schutz von Medienschaffenden endlich ernst nehmen?

Ich komme zum zweiten Punkt. Was ist eigentlich aus dem Medienforum geworden? Diese Frage mag Ihnen bekannt vorkommen. Eine echte Antwort darauf sind Sie uns bislang jedoch schuldig geblieben. Gibt es nun endlich ein neues Konzept für ebenjene Veranstaltung, die zur Vernetzung von Medienschaffenden gedacht ist, und zwar nicht nur für einen kleinen elitären Kreis, sondern für, wie zuletzt, 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer?

Dabei sind wir inmitten von großen gesellschaftlichen Debatten in diesem Land. Seit Jahren reden wir über den immer weiter erodierenden Zeitungsmarkt. Wir sprechen darüber, dass sich immer mehr Menschen lieber bei Facebook, TikTok oder Telegram informieren, statt die Zeitung aufzuschlagen. Ihre Antwort auf diese Entwicklung scheint zu sein: Schauen wir mal. – Das reicht allerdings nicht aus.

Das führt mich zum dritten Punkt. Denn ich mache mir Sorgen, und das ganz ernsthaft, um Kinder, um Jungen und Mädchen, aber auch um Frauen und Männer, die Angst haben, sobald sie sich in den sozialen Netzwerken bewegen, weil sie Opfer von Cyberattacken werden, und die sich nicht mehr trauen, ihre Meinung in einer Kommentarspalte zu posten,

weil sie wissen, dass sie beleidigt, beschimpft und bedroht werden. Hate Speech ist allgegenwärtig.

Wir haben als Fraktion vor ein paar Tagen eine Veranstaltung mit von Hass und Hetze und auch von Sexismus Betroffenen hier im Landtag gemacht. Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen sagen: Die Schilderungen der Menschen waren fürchterlich. Und ich bin mir sicher: Machte ich hier jetzt eine Umfrage, könnte mir wohl jeder in diesem Raum eigene Erlebnisse von Hass und Gewalt im Netz erzählen.

Wir müssen mit dieser Entwicklung Schritt halten, wenn wir auch in Zukunft noch frei und friedlich miteinander diskutieren wollen. Das, was Sie, sehr geehrte Damen und Herren, bislang tun, reicht einfach nicht.

**Präsident André Kuper:** Frau Kollegin, die Redezeit ist überschritten. Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Ina Blumenthal (SPD):** Der letzte Satz?

**Präsident André Kuper:** Ja.

**Ina Blumenthal (SPD):** Gut. – Dabei wäre das ein Projekt für die demokratische Zukunft unseres Landes.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin Blumenthal. – Nun spricht für die CDU die Abgeordnete Frau Stullich.

**Andrea Stullich (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Blumenthal, Sie waren in der vergangenen Wahlperiode noch nicht dabei. Trotzdem möchte ich, bei allem Respekt, darauf hinweisen, dass schon die letzte Landesregierung ein verlässlicher Partner für die Medienbranche und das Medienland NRW war, während sich die SPD-Medienpolitik leider darauf beschränkt hat, Strichlisten zu Anwesenheiten zu führen. Das war dürrtig.

(Sarah Philipp [SPD]: Das war auch richtig!)

Ich habe gestern Abend noch mit dem DJV auf einer Veranstaltung gesprochen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Land, dem Innenministerium und den Journalisten, was die Sicherheit von Journalisten insbesondere auf Demonstrationen betrifft, ist außerordentlich gut. Das bestätigt der DJV. Ihre Kritik geht da ins Leere, glaube ich.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Anteil des Medienetats am Gesamtvolumen des Haushalts beträgt nur 0,04 %. Der Etat ist klein, auch aus Gründen der Staatsferne. Aber er entfaltet größtmögliche Wirkung für das Medienland NRW – zumal der Medienhaushalt seit 2017 um 70 % gewachsen ist. Kaum ein anderer Teilhaushalt ist in dieser Zeit, prozentual gesehen, mehr gesteigert worden als der Medienhaushalt. Das ist ein starkes Signal und zeigt, welchen Wert wir der Medienpolitik beimessen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Als Schwerpunkte möchte ich die Förderung der Film- und Medienstiftung NRW als zentrale Förderagentur für TV- und Kinoproduktionen, Games und Webvideo herausheben. Die Landesmittel betragen jetzt insgesamt rund 22 Millionen Euro. Das ist gut investiertes Geld. Denn die Arbeit der Stiftung trägt wesentlich dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen mittlerweile nicht nur der Fernsehstandort Nummer eins in Deutschland ist, sondern auch einer der größten und attraktivsten Produktionsorte in Europa.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Gamesbranche. Wir haben seit 2017 diese Branche deutlich wahrnehmbar gestärkt und werden die Position Nordrhein-Westfalens als führender Gamesstandort in Deutschland weiter etablieren. Wir fördern auch in Zukunft die Entwicklung von Prototypen sowie insbesondere kleine und junge Unternehmen in der Start- und Frühphase. Damit verbessern wir die Wettbewerbsfähigkeit für den Standort NRW und die Gamesunternehmen.

Wir nutzen die Innovationskraft und die Kreativität der Branche, um deren Entwicklungen für Industrieprozesse und für andere Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar zu machen. Deshalb bewerten wir auch den Ausbau der Gamesförderung für die Film- und Medienstiftung mit den Schwerpunkten Gamification und Serious Games sehr positiv. Serious Games sind natürlich kein Massenmarkt, aber bilden eine wichtige Nische. „Gamification“, also das spielerische Lernen, vom Üben für den Führerschein über Sprachlernspiele und Feuerwehrübungen bis hin zum Flugsimulator, ist ein Feld, das immer größer wird und gerade im Bereich von Bildung und Weiterbildung viele Möglichkeiten eröffnet.

Genauso richtig ist die Unterstützung innovativer journalistischer Projekte. Dazu zählt auch die Förderung des „Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog“. Bei diesem bundesweit einmaligen Institut geht es unter anderem um die Frage, wie sich Journalismus im digitalen Zeitalter weiterentwickeln muss und was die Menschen von einem Journalismus erwarten, für den sie auch in Zukunft noch bereit sind, Geld zu bezahlen. Das „Bonn Institute“ ist Anfang dieses Jahres gegründet worden. Die Haus-

haltsmittel für 2023 sollen seine langfristige Perspektive unterstützen. Das ist sehr richtig.

Darüber hinaus stärken wir die Medienbildung in NRW und fördern Medienkompetenz. Der inzwischen mehrsprachige #DigitalCheckNRW hat sich als verlässlicher Lotse bewährt. Er ist das beste Beispiel dafür, dass Medienkompetenzförderung in der Fläche greift und alle Zielgruppen erreichen kann.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Medienpolitik unserer Koalition und der Landesregierung orientiert sich an den Bedürfnissen der Branche und an den Bedürfnissen der Nutzer. Damit verbessern wir kontinuierlich die Rahmenbedingungen für Medienvielfalt, Journalismus und Medienkompetenz in Nordrhein-Westfalen.

Auch wenn der Haushalt insgesamt wenig Spielraum hat, werden wir auch im Jahr 2023 den Medienstandort NRW so erfolgreich weiterentwickeln, wie wir dies 2017 begonnen haben, und zwar verlässlich, innovativ und zukunftsgerichtet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und Anja von Marenholtz [GRÜNE])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank Frau Kollegin Stullich. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Herr Witzel.

**Ralf Witzel\*** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Medienhaushalt im Einzelplan 02 ist Teil eines in der aktuellen Form vorliegenden verfassungswidrigen Gesamthaushalts. Die Beratungszeit von gerade einmal einer Woche von der Erstpräsentation im Fachausschuss

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens ist natürlich unzureichend. Auch allein deshalb lehnen wir diesen Teil ab.

Ich will zugleich nicht bestreiten, dass dieser Teilbereich, inhaltlich betrachtet, einer der am wenigsten kontroversen ist. Als sachlich entscheidende Serviceopposition kritisieren wir pauschal bekanntlich nicht alles. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Zum einen ist dieser Teil, rein quantitativ betrachtet, von untergeordneter Bedeutung. Ein Medienhaushalt von unter 38 Millionen Euro in einem Gesamthaushalt von über 100 Milliarden Euro bewegt sich nicht einmal im Promillebereich.

Zum anderen setzt die amtierende Landesregierung im Wesentlichen die Vorhaben der bisherigen schwarz-gelben Vorgängerregierung mit einer moderaten Erhöhung um 1,5 Millionen Euro fort. Dies ist

der niedrigste Zuwachs der letzten Jahre. Aber das ist sicherlich auch der Krise geschuldet.

Einige Beispiele für Ihre Mittelserhöhungen zur Fortsetzung der Regierungspolitik der letzten Wahlperiode will ich hier gerne auch nennen.

Im Bereich der Film- und Medienstiftungen sehen Sie 500.000 Euro für Serious Games vor. NRW ist objektiv einer der führenden Gamesstandorte. Völlig unabhängig davon, wie man persönlich dazu stehen mag, ist das bei dieser Thematik, auch ganz objektiv betrachtet, heutzutage ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deshalb gibt es dazu keinen Widerspruch unsererseits.

Sie schlagen die Fortentwicklung des Medienstandorts NRW mit zusätzlichen 135.000 Euro zur Stärkung von E-Sports-Projekten vor. Auch E-Sports haben wir in der Vergangenheit als FDP-Landtagsfraktion immer unterstützt. Wir bleiben auch hier glaubwürdig.

Sie beantragen als Regierung einen neuen Haushaltsartikel für Medienkompetenzförderung mit 1,25 Millionen Euro. Das ist nur eine technische Verlagerung, aber deshalb natürlich noch nicht verkehrt. Medienkompetenzförderung für alle gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von ihrem Alter und ihrer Herkunft, ist eine wichtige Herausforderung unserer Zeit. Dieser wollen auch wir uns gerne stellen.

Weil aber Haushaltsberatungen bekanntlich Generaldebatten sind, bei denen man sich nicht nur um jede einzelne Ziffer im Einzelplan kümmert, will ich hier auch die politische Richtung der Regierungspolitik im Medienbereich in den Blick nehmen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch etwas sagen, was Finanzen betrifft, aber stärker die der Beitragszahler, und aufgrund der vorgesehenen Staatsferne gerade nicht unmittelbar im Haushalt zu finden ist. Der Medienminister Liminski wird sich denken können, wovon ich rede. Das ist ein Thema, das Sie aus unserer Sicht verstärkt auf Ihre Agenda setzen sollten. Ich spreche von Ihrem Gestaltungsbeitrag im Dialog der Länder bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Herr Medienminister Liminski, Sie sind bislang an dieser Stelle – wir haben das Thema ja auch schon mal im Ausschuss angeschnitten und in ersten Zügen debattiert – sehr unverbindlich im Nebulösen geblieben. Wir haben bekanntlich eine bundesweite Debatte, die weite Teile der Bevölkerung beschäftigt. Sie führt in den Anstalten zu massiven Diskussionen und zu sehr weitreichenden Äußerungen des amtierenden ARD-Vorsitzenden Tom Buhrow, der bekanntlich auch hier in Nordrhein-Westfalen wirkt. Eines ist jetzt ganz zentral, glaube ich. Sie sollten sich als Landesregierung dafür einsetzen, Herr Minister, dass die Dynamik jetzt nicht versandet. Diskursrunden dürfen nicht nur dazu dienen, dass sich Besitzstandswahrer Zeit kaufen, um bestimmte kritische

Punkte zu überstehen, sodass nachher doch wieder nichts Substanzielles passiert. Vielmehr müssen wir die Gelegenheit nutzen, um zu Reformen zu kommen.

(Beifall von der FDP)

Wir haben als FDP-Landtagsfraktion vorgelegt und ein Positionspapier beschlossen, das auch Sie sich zu Ihrer Agenda machen sollten. Ich nenne als Serviceopposition

(Heiterkeit von Mehrdad Mostofizadeh  
[GRÜNE])

nur einige fachliche Eckpunkte zur Anreicherung Ihrer Überlegungen.

Wir wollen eine deutliche Reduzierung der Anzahl öffentlicher Fernseh- und Hörfunkkanäle. Es reicht ein bundesweites Vollprogramm mit entsprechenden landesweiten Fenstern aus.

Wir wollen die Fusion kleinerer Anstalten zu Mehrländeranstalten wie bei Radio Bremen oder dem Saarländischen Rundfunk.

Wir wollen Doppelstrukturen bei der Verwaltung vermeiden und dort zu zentralen Servicebereichen kommen.

Wir brauchen neben einer verbesserten internen Kontrollmöglichkeit auch eine externe Aufsicht nach BBC-Vorbild.

Wir sollten uns beim Programmauftrag auf die Grundversorgung mit Information, Bildung und Kultur konzentrieren.

All dies so auf den Weg zu bringen, würde bedeuten, dass wir die Perspektive haben, den Rundfunkbeitrag bis zum Jahr 2027 zu halbieren.

Auch Tom Buhrow sagt ganz klar, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlt, sich immer auf anwachsende Beiträge einzustellen. Deshalb appelliere ich an Sie, Herr Minister: Arbeiten Sie auch an diesem Thema. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Grünen spricht nun die Kollegin Frau von Marenholtz.

**Anja von Marenholtz<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleg\*innen der demokratischen Fraktionen! Immer stärker merken wir, dass wir in Zeiten leben, in denen Fake News und gezielt platzierte Desinformation für den Versuch genutzt werden, die Demokratie und das gesellschaftliche Miteinander zu stören und nachhaltig zu beschädigen.

Im Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen haben wir uns sehr konkret den Plan vorgenommen, dem massiv zu begegnen und den ganzheitlichen und systemischen Ansatz im Bereich „Medienkompetenzförderung“ weiter zu schärfen. Insbesondere der #DigitalCheckNRW ist ein hervorzuhebendes Projekt in diesem Bereich. Daher betrachten wir den erstmals definierten Etat von insgesamt 1,25 Millionen Euro zur Medienkompetenzförderung als großen Erfolg und ebenso großen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Medienkompetenzförderung durchdringt als Kernthema berechtigterweise den gesamten Medienbereich. Auch Freifunkinitiativen und Games für Bildung werden mit diesem Etat gestärkt.

Wir begrüßen die Förderung der Gamesbranche insgesamt; denn sie ist nicht nur ein wichtiger Player im Bereich „Serious Games“ zur Bildung und Medienkompetenzförderung, sondern auch ein erheblicher Wirtschaftsfaktor in unserem Land.

Diesen Wirtschaftsfaktor in NRW wollen wir unterstützen und etablieren. Diese Branche spricht in der Hauptsache eine junge Zielgruppe an. Damit rückt diese Bevölkerungsgruppe erstmals gezielt in den Fokus des Medienhaushaltes. Damit investieren wir auch in unsere Zukunft.

Auch in diesen finanziell schwierigen Zeiten verlieren wir unsere Akteur\*innen in der Filmproduktionsbranche nicht aus dem Fokus. Mit den hier hinterlegten zusätzlichen Förderungen im Medienhaushalt für die Film- und Medienstiftung sowie die Internationale Filmschule Köln stellen wir klar, dass diese Branche weiter ausreichend mit Fachkräften versorgt werden muss. Wir möchten damit unseren Beitrag dazu leisten, die gestiegenen Kosten aufzufangen.

Letztlich freut es uns sehr, dass wir auch in diesen Zeiten vor dem Hintergrund der Inflation und der steigenden Energiekosten den entstandenen Mehrkosten mit Aufwüchsen begegnen können. Wir stellen mit diesem Haushalt eine Vielfalt von medialen Angeboten und Akteuren sicher, sodass die Film- und Medienstiftung NRW und weitere Institutionen auch in Zukunft neben herkömmlichen Film- und Fernsehproduktionen innovative, interaktive und multimediale Internet- und andere Projekte umsetzen können. Denn wir alle wissen: Die Medienlandschaft verändert sich kontinuierlich, und es braucht die Unterstützung der Politik, um die neuen Herausforderungen anzugehen.

Die aktuellen Zeiten sind in vielerlei Hinsicht sicherlich schwierige. Dennoch bedeutet der vorliegende Medienhaushalt im Rahmen dieser schwierigen Möglichkeiten eine weitergeführte kontinuierliche Steigerung und bietet eine gute Perspektive, auf die wir weiter aufbauen werden.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Auch wenn der Medienhaushalt gemessen am Gesamtvolumen des Landeshaushalts NRW nur einen geringen Anteil hat, ist er dennoch von großer Bedeutung.

Ich möchte unterstreichen: Wir stehen fest an der Seite des Prinzips „Staatsferne“; denn das ist das höchste Gut in einem Land mit unabhängigen und föderalen Medienaufsichten. Dies werden wir aus dem Parlament heraus immer verteidigen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD spricht nun ihr Abgeordneter Herr Tritschler.

**Sven Werner Tritschler<sup>\*)</sup>** (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur dem Außenstehenden mag es komisch vorkommen, dass sich die Steuerzahler in diesem Bundesland neben der milliardenschweren Medienanstalt WDR, der zweitgrößten Europas, auch noch eine eigene Medienpolitik aus Steuermitteln leisten. Erfolg wird hier, zum Glück für die Beteiligten, nicht gemessen.

Beispiel: Filmförderung. Man könnte meinen, dass nach jahrzehntelanger teurer Filmförderung ab und an mal einen Film herauskommen würde, der international konkurrenzfähig wäre. Aber eher das Gegenteil ist der Fall. Inzwischen werden deutsche Produktionen meist zu über 50 % aus Steuermitteln gepäpelt, um überhaupt irgendwie bestehen zu können. Jemand hat es in der Presse treffend kommentiert: Die deutsche Filmförderung ist so etwas wie Hartz IV für Filmproduzenten.

Das alles ist auch kein Wunder, wenn man sich ansieht, nach welchen Kriterien gefördert wird. Da stehen nämlich nicht der Zuschauer und dessen Interessen im Mittelpunkt, sondern Ideologie: Filme als Mittel der Volkserziehung, die bestenfalls hoch subventioniert jemanden finden, der sie überhaupt zeigen will.

Die schwarz-grüne Landesregierung legt da noch nach. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag:

„Bei der Vergabe der Fördermittel aus der Film- und Medienstiftung setzen wir uns dafür ein, für Filmproduktionen die Förderkriterien um nachhaltige Arbeitsweisen sowie die Einhaltung [...] von Diversität bei Produktionen zu erweitern.“

Also, liebe Filmproduzenten: Fördergeld von Herrn Liminski gibt es in Zukunft nur noch, wenn die vegane, nichtbinäre Hauptdarstellerin mit Migrationshintergrund ihren Müll ordentlich trennt und wenn am Set eine Maximaltemperatur von 19 Grad Celsius nicht überschritten wurde.

Was das Publikum von solchen Diversity-Auswüchsen hält, kann man meistens an den Kinokassen und den Zuschauerzahlen ablesen. Da gab es zum Beispiel den Flop mit den gendergerechten Ghostbusters oder, ganz aktuell, Amazons Tolkien-Schändung unter dem Titel „The Rings of Power“. Keiner will es sehen; keiner schaut es es.

Aber damit ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Das Land NRW fördert aus dem Medienhaushalt auch zum Beispiel die sogenannte Malisa Stiftung für Studien zur Sichtbarkeit und Vielfalt im TV. Wer sich wundert, was die ganzen sogenannten Genderwissenschaftler eigentlich machen, muss sich nur diese Studien anschauen. So wird zum Beispiel ermittelt, dass Songs von rein weiblichen Urheberinnen in den Charts zu wenig vertreten seien. Als Lösung werden gendergerechte und diversitätsorientierte Förderrichtlinien und geschlechtergerechte Playlists vorgeschlagen. Bei den Geschlechterdarstellungen im Fernsehen wurde ermittelt, dass schwule Männer etwa doppelt so häufig vorkommen wie lesbische Frauen, wohingegen bisexuelle Frauen gegenüber den bisexuellen Männern überrepräsentiert seien. Und überhaupt nur ein halbes Prozent der Darsteller ist nichtbinär.

Besonders breitgemacht hat sich das Patriarchat aber offensichtlich im Kinderprogramm. So messen die sogenannten Genderforscher nur eine weibliche auf vier männliche Hauptfiguren. In der Fantasiewelt – noch schlimmer – kommen auf eine weibliche Tierfigur sogar ganze neun männliche. Und noch schlimmer: Tierfiguren mit internationaler Familiengeschichte und LSBTIQ-Tierfiguren kommen überhaupt nicht vor.

(Heiterkeit von Markus Wagner [AfD])

Die deutsche Förderbürokratie hat also noch viel zu tun, bis deutsche Produktionen endgültig frei von Diskriminierung – und bis dahin wahrscheinlich auch frei von Zuschauern – sind.

Schließlich noch ein Satz zur Gamesförderung: Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Landesregierung die Mittel für die Gamesförderung

(Unruhe – Glocke)

aufwachsen lässt. Da diese aber nach denselben Kriterien und Mechanismen gewährt wird wie die Filmförderung, erwarten wir auch hier keinen Erfolg. Auch hier würde uns weniger Ideologie, sondern stattdessen eine marktgerechte, am Konsumenten orientierte Förderung vorschweben.

Linksgrüne Volkspädagogik, auch durch schwarze Minister, lehnen wir allerdings ab und werden dem Haushalt daher an diesem Punkt auch nicht zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Tritschler. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Liminski.

**Nathanael Liminski,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch das Medienkapitel im Einzelplan 02 ist von den schwierigen Rahmenbedingungen dieser Haushaltsaufstellung geprägt. Umso erfreulicher ist – das sage ich auch mit Dankbarkeit gegenüber dem Hohen Haus, wenn es so beschlossen wird –, dass wir zu einer, wenn auch moderaten, Steigerung in diesem Teileinzelplan kommen. Das zeigt, welchen Stellenwert die Landesregierung dem Themenfeld der Medien- und Netzpolitik beimisst. Es zeigt aber auch, vor welch großen Herausforderungen wir gerade jetzt in diesem Bereich stehen.

In der Medien- und Netzpolitik sind Verlässlichkeit und Kontinuität hohe Güter, zumal in diesen unsicheren Zeiten. Dies gilt auch als Antwort für die Branche, die uns oft beschreibt, dass es ihr wichtig ist, mit der Landesregierung einen Partner an ihrer Seite zu wissen, der auch in schwierigen Zeiten nicht die Sparbüchse des Landeshaushalts sieht, sondern mit der Förderung tatsächlich in der Unterstützung bleibt.

Ich möchte einige wenige Schwerpunkte herausstellen und beginne dabei mit unserer Film- und Medienstiftung, dem zentralen Akteur in der Film- und Medienwirtschaft. Wir werden hier Vorsorge schaffen, damit trotz erhöhter Energiepreise keine Unsicherheit gegeben ist.

Wir haben es geschafft, mit der Förderung von Serious Games einen Impuls aufzugreifen, den die Branche gerade hervorbringt. So werden wir die Gamesförderung auf nunmehr 3,5 Millionen Euro ausdehnen und damit an der Spitze der deutschen Länder stehen. Dadurch intensivieren wir außerdem noch einmal die Vernetzungsaktivitäten am Medienstandort.

Herr Tritschler, lassen Sie mich eines zu dem sagen, womit Sie sowohl hier als auch in den sozialen Netzwerken versuchen, Verhetzungen zum Thema „Förderkriterien“ auf den Markt zu bringen. Man sieht an Ihrer Rede nicht nur, dass Sie ewiggestrig sind, sondern leider auch, dass Sie als Medienpolitiker mit der Branche null – null! – in Kontakt stehen. All die Dinge, die Sie gerade beschrieben haben – wenig CO<sub>2</sub>-Ausstoß, erhöhte Diversität, gezielte Frauenförderung – macht die Branche nämlich schon längst, und zwar seit Jahren. Dafür braucht es nicht erst die Förderung durch die Landesregierung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Sven Werner Tritschler [AfD]: Warum wollen Sie sie dann fördern?)

Ein Akzent, den wir in diesem Haushalt auch setzen, liegt im Bereich E-Sports. Hier greifen wir einen starken Trend in der Jugendkultur auf. Dabei handelt es sich allerdings auch längst schon um ein Thema für alle Altersgruppen. Mit der esports player foundation ist es uns gelungen, in Nordrhein-Westfalen einen zentralen Akteur in diesem Bereich anzusiedeln. Das wird jetzt durch die Esports Academy NRW ausgedehnt, mit der wir gezielt E-Sports-Talente aus Nordrhein-Westfalen fördern wollen. Wir wollen das außerdem um ein Trainingsprogramm ergänzen. Damit zeigen wir, dass wir dieses Thema ganzheitlich im Blick haben.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ich freue mich darüber, dass Nordrhein-Westfalen nicht nur Sportland Nummer eins ist, wie wir gerade gehört haben, sondern mit der E-Sports-Entwicklung auch E-Sports-Land Nummer eins werden soll.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir bleiben darüber hinaus ein verlässlicher Partner derjenigen, mit denen wir gemeinsam Medienpolitik gestalten und den Medienstandort stärken. Dies gilt etwa für das Grimme-Institut, das weiterhin auf eine verlässliche Förderung durch die Landesregierung setzen kann. Wir werden das Grimme-Institut weiter intensiv dazu auffordern, seinen Beitrag zum Qualitätsdiskurs, den wir gerade in dieser Zeit brauchen, zu leisten. Ganz Deutschland hört hin, wenn wir aus dem Grimme-Institut heraus darüber sprechen, was es braucht, damit wir ein qualitativ hochwertiges Medienangebot in Deutschland haben – auch als Bollwerk gegen Hetze und Verschwörungstheorien.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen darüber hinaus im Bereich der Medienwirtschaft die Veranstaltungen nach der Pandemie auch durch unsere gezielte Förderung wieder hochfahren. Global Media Forum, Grimme-Preis, gamescom, gamescom congress und Film Festival Cologne sind nur einige Beispiele für sichtbare Leuchttürme unseres Medienstandorts.

Auch im Bereich der Ausbildung können sich die Institutionen auf uns als Landesregierung verlassen.

Außerdem möchte ich das Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog erwähnen, das wir fördern und das sich jetzt schon großer Beliebtheit bei starken Medienhäusern in Nordrhein-Westfalen erfreut,

(Unruhe – Glocke)

die gemeinsam daran mitwirken wollen, aus Nordrhein-Westfalen Beiträge dafür zu liefern, dass sich Journalismus immer wieder neu an Qualitätskriterien orientiert. Denn diesen Journalismus brauchen wir mehr denn je.



Lassen Sie mich abschließend sagen, dass wir im Medienkapitel vielleicht häufig über kleine Summen reden. Wir sprechen hier aber über ein Thema, das gerade in Krisenzeiten an Bedeutung gewinnt. Es geht dabei um nicht weniger als die vierte Säule unserer Demokratie. Diese zu stärken, machen wir uns als Landesregierung zum Auftrag. Dafür bitten wir um die Unterstützung des Hohen Hauses. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister Liminski. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen über den Einzelplan 02 – Ministerpräsident. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1902, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Doch bevor wir darüber abstimmen können, haben wir noch 13 Änderungsanträge vorliegen, über die wir zunächst abstimmen müssen.

Ich rufe zunächst den **Antrag der AfD Drucksache 18/1984** auf. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen dann über den **Antrag der FDP Drucksache 18/2021** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die SPD, die FDP und die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Antrag der FDP Drucksache 18/2022** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag der FDP Drucksache 18/2023** auf. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Dann rufe ich den **Antrag der FDP Drucksache 18/2024** auf. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe dann den **Antrag Drucksache 18/2025** – Neudruck – auf, Antragstellerin FDP. Wer möchte zustimmen? – Das sind SPD und FDP. Wer stimmt

dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen dann über den **Antrag Drucksache 18/2026** von der FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind die FDP und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Drucksache 18/2027 – Neudruck** – von der FDP auf. Wer möchte zustimmen? – Das sind die SPD, die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD auch. Das war jetzt nicht einheitlich.

(Andreas Keith [AfD]: Wir sind dagegen!)

– Sie sind dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Antrag Drucksache 18/2027 **abgelehnt**.

Wir stimmen dann über den **Antrag Drucksache 18/2028 – Neudruck** – von der FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Dann stimmen wir über **Antrag Drucksache 18/2029 – Neudruck** – ab, Antrag der FDP. Wer möchte zustimmen? – FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Dann stimmen wir über den **Antrag Drucksache 18/2030** von der FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Dann stimmen wir über den **Antrag Drucksache 18/2031** von der FDP ab. Wer stimmt zu? – Das sind SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Drucksache 18/2031 **abgelehnt**.

Ich rufe dann den **Antrag Drucksache 18/2074** von der FDP auf. Wer stimmt zu? – Das sind SPD, FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU und die SPD. Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist Drucksache 18/2074 ebenfalls **abgelehnt**.

Nach diesen Änderungsanträgen stimmen wir zweitens über Einzelplan 02 ab. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP, AfD. Wer enthält sich? – Das ist niemand.

Damit ist der **Einzelplan 02 in der zweiten Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1905 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

(Einige Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.)

Wenn es gleich wieder ruhiger geworden ist, eröffne ich die Aussprache. Für die SPD kann sich der Abgeordnete Herr Müller schon mal auf den Weg machen. Ich würde vorschlagen, mit dem Beginn der Rede noch ein paar Sekunden zu warten, bis es ruhiger wird.

**Frank Müller (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Bildungshaushalt pflegen Landesregierung und schwarz-grüne Koalition eine Rhetorik der Superlative. Aus großer Entfernung mag das riesig und eindrucksvoll wirken, beim Herantreten schrumpft das Ganze wie ein Scheinriese auf ein gewöhnliches Maß.

Die Bildungsausgaben in Nordrhein-Westfalen sind noch nicht einmal in Reichweite des durchschnittlichen OECD-Niveaus. Im Bundesländervergleich belegt Nordrhein-Westfalen bei den Pro-Kopf-Ausgaben den drittletzten Platz.

So manche Rahmendaten sind daher weniger spektakulär, als es uns CDU und Grüne glauben machen wollen. Ein Plus von 3,5 % sagt erst mal nichts aus und ist gemessen an 5,6 % – um so viel steigt der Gesamtetat – eher kein Gütesiegel. Der Anteil am Gesamthaushalt nimmt sogar um 0,7 % ab.

Etwas anderes ist aber viel schlimmer. Sie geben wissentlich Geld in das System, von dem Sie schon jetzt wissen, dass es am Ende nicht ausgegeben wird, wie etwa für neue Lehrer\*innenstellen. Gut fürs Schaufenster, schlecht fürs Geschäft!

(Beifall von der SPD)

Geld muss gut investiert und eben nicht einfach nur bereitgestellt werden.

Statt die Mittel im System zu halten, freut sich der Finanzminister in den nächsten Jahren aber über sogenannte globale Minderausgaben – ein, wie ich übrigens finde, ganz schlimmer Euphemismus. Das ist am Ende das, was man eine Mogelpackung nennen muss.

Frau Ministerin, bitte kämpfen Sie darum, dass die nicht verausgabten Mittel künftig im System bleiben.

(Beifall von der SPD und Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

An unseren Schulen gibt es viele gute und sinnvolle Ideen, was man mit diesem Geld alles finanzieren kann.

Die Frage aller Fragen lautet also: Taugt Ihr Haushalt, um die Bildungskatastrophe abzuwenden? Wir denken: Nein.

Frau Ministerin Feller, bitte versuchen Sie sich erst gar nicht an Pirouetten wie Ihre Ministerincollegin Josefine Paul. Die hat sich in der letzten Plenarrunde wegen dieses Begriffs an uns abgearbeitet, das würde den Menschen im Bildungssystem nicht gerecht. Das war ein untauglicher Versuch, die Fachkräfte als Schutzschild für Politikversagen zu benutzen.

(Beifall von der SPD)

Es ist nämlich ausdrücklich keine Kritik an den Menschen, die den Laden am Laufen halten, denn sie machen im Gegensatz zu Ihnen einen verdammt guten Job an unseren Schulen und Bildungseinrichtungen.

(Beifall von der SPD)

Deuten Sie Kritik an Ihrer Bildungspolitik also nicht in Kritik an den Menschen um, die in einem dysfunktionalen System arbeiten und den Kollaps verhindern müssen, nicht selten ohne Rücksicht auf die eigene körperliche und psychische Gesundheit.

Deswegen bleiben wir dabei: Es geht um nicht weniger als darum, die drohende Bildungskatastrophe abzuwenden.

(Beifall von der SPD)

Da halte ich es schlichtweg mit Ferdinand Lassalle:

„Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.

Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

(Beifall von der SPD)

Stellen Sie also die richtigen Fragen, und ziehen Sie die richtigen Schlüsse!

In der letzten Woche verkündeten Sie, dass der Lehrkräftemangel in NRW noch größer ist als bislang angenommen – ein Mangel, der jeden Tag an unseren Schulen schmerzlich spürbar ist und der letztlich zu Lasten des Bildungserfolgs unserer Kinder geht.

Das zeigt erneut: Planstellen unterrichten nicht. Seit Langem ist Ihnen das Problem bekannt. Nicht zuletzt für den Primarbereich und bei der Sonderpädagogik gibt es entschieden zu wenige Studienplätze an